

Magda von Garrel

„Ist mir doch egal!“

**Praxisrelevante Fehler deutscher
Bildungsförderung**

Denkschrift

Den Teilnehmern des Bildungsgipfels am 22. 10. 2008 zum Geleit

1. Einleitung

1.1 Anlass.....	3
1.2 Vorgehen.....	4

2. Förderbedarf

2.1 Eigene Erfahrungen.....	5
2.2 Ergänzende Informationen.....	12

3. Fördermotivation

3.1 Rahmenbedingungen.....	20
3.2 Personalpolitik.....	30

4. Schlussfolgerungen

4.1 Erkenntnisse.....	38
4.2 Konsequenzen.....	44

5. Zusammenfassungen

5.1Thesenpapier.....	49
5.2 Vorschläge.....	50

1. Einleitung

1.1 Anlass

Wie alle mir persönlich bekannten Kolleginnen und Kollegen ärgere ich mich schon seit Jahren über einen immer größer werdenden Verwaltungsaufwand, über unzureichende Einflussmöglichkeiten, über abrupt eingeführte Fördermaßnahmen und über eine mangelnde Fürsorge, von der sowohl Schüler als auch Lehrer betroffen sind. Dazu kommt die Erfahrung, dass alle Forderungen, die auf eine Reduzierung der belastenden Faktoren hinauslaufen, von den Schulbehörden (also nicht nur in Berlin!) regelmäßig abgebugelt werden.

Statt auch nur ansatzweise darüber nachzudenken, ob die erhobenen Forderungen nicht vielleicht doch berechtigt sind, werden Lehrer unisono als Jammerlappen verunglimpft, deren Arbeitsmoral zu wünschen übrig lässt. Zwar wird ab und zu die Einsatzbereitschaft der Lehrer auch lobend erwähnt, leider aber nur als eine Art Zückerli in Verbindung mit der Zuschreibung neuer Aufgaben.

Da ich den in der Bildungspolitik und –verwaltung Beschäftigten trotz allem keine Bösartigkeit unterstelle, ist mir schon früh der Gedanke gekommen, dass in den genannten Bereichen eine große Ahnungslosigkeit vorherrschen muss. Aus diesem Grund habe ich zunächst versucht, Kolleginnen und Kollegen für die Abfassung realitätsnaher Berichte zu gewinnen. Mit diesem Versuch bin ich allerdings – ungeachtet allseits versicherter Notwendigkeit – letztendlich gescheitert, weil die angesprochenen Kollegen zeitlich überlastet waren und/oder jeden Glauben an eine ‚Erhöhung‘ schon längst verloren hatten.

Und so habe auch ich mich mit dem Gedanken abgefunden, dass man schon froh sein kann, wenn es einem gelingt, das Beste aus einer grundsätzlich verfahrenen Situation zu machen. Mit dieser resignativen Haltung wäre ich vermutlich in den Ruhestand gegangen, wenn ich nicht zu Beginn einer längeren Krankschreibung erfahren hätte, dass im Herbst (ausgerechnet an meinem Geburtstag!) ein Bildungsgipfel stattfinden soll.

Auch wenn ich weiß, dass – wie üblich – ganz andere Punkte auf der Tagesordnung stehen werden (z.B. zukünftiger Umgang mit Ganztagschulen im föderalen System), habe ich mich durch das angekündigte Treffen veranlasst gefühlt, in eigener Regie einen letzten ‚Aufklärungsversuch‘ zu starten. Ein solcher Alleingang ist natürlich schon reichlich anmaßend, aber immerhin kann ich – ohne jemals ein ungeliebter ‚Wanderpokal‘ gewesen zu sein! – auf ein breit angelegtes Arbeitsspektrum verweisen.

Als Lehrerin und Diplom-Politologin habe ich Schule sowohl aus der Ferne als auch – und zwar überwiegend – ganz hautnah erlebt. Meine Kenntnisse des pädagogischen Alltags beruhen auf Erfahrungen, die ich in Grund-, Haupt- und Sonderschulen, in der außerschulischen Erwachsenenbildung (nicht Volkshochschule!) und im Berufsschulwesen sammeln konnte. Mein langjähriger Einsatz als Integrationslehrerin hat zu weiteren Einblicken geführt, die mir andernfalls vielleicht verschlossen geblieben wären.

1.2 Vorgehen

In der Überzeugung, dass die Qualität eines Bildungswesens mit der Intensität der Förderung Benachteiligter steht und fällt, habe ich mich ganz auf die Betrachtung der Lebens- und Lernumstände derjenigen Kinder und Jugendlichen konzentriert, die mit den allerschlechtesten Voraussetzungen ausgestattet sind. Um es gleich vorwegzunehmen: diese Fokussierung hat zu so überraschenden Einsichten und Fragestellungen geführt, dass sich daraus ganz neuartige Denkanstöße ableiten ließen.

Als besonders aufschlussreich hat sich die vergleichende Betrachtung deutscher und ausländischer Unterschichtfamilien herausgestellt. Aber auch die Gegenüberstellung von Schülerbedürfnissen und den alltäglichen Arbeitsbedingungen vieler Lehrer erwies sich als fruchtbar, auch wenn so manches Mal am Ende nur die Einsicht stand, dass unter den noch vorherrschenden Bedingungen etliche Absichten gar nicht umsetzbar oder eher nutzlos sind.

Um bestimmte Zusammenhänge überhaupt sichtbar machen zu können, musste ich mit Verallgemeinerungen und Zuspitzungen arbeiten, die sich aber in einem vertretbaren Rahmen halten dürften. Außerdem war mir sehr daran gelegen, einen möglichst kurzen und somit schnell zu erlesenden Text zu verfassen. Diesem Ziel diente auch mein Versuch, mich leicht verständlich auszudrücken.

Überhaupt hatte ich nie den Ehrgeiz, eine Arbeit vorzulegen, die wissenschaftlichen Ansprüchen voll genügt. Dabei spielten natürlich auch zeitliche Gründe eine Rolle, aber letztendlich ausschlaggebend war mein Wunsch, eine Denkschrift zu verfassen, die in ihrer Bodenständigkeit eine zugleich ansprechende und aufrüttelnde Wirkung entfaltet.

Dafür nehme ich in Kauf, dass mir zu Recht vorgeworfen werden kann, mich gar nicht um die gut funktionierenden Beispiele gekümmert zu haben. Dem kann ich nur entgegen: indem ich auf die vielen noch schlecht funktionierenden Beispiele hinweise, möchte ich dazu beitragen, dass das deutsche Schul- und Bildungswesen insgesamt besser wird.

Auch die am Ende dieser Schrift zusammengestellten Vorschläge sind alles andere als vollständig. Schließlich beziehen sie sich nur auf meine zuvor dargestellten Beobachtungen und Überlegungen, so dass die ‚großen Fragen‘ - wie z.B. die momentan diskutierte Abschaffung der Hauptschulen - gar nicht erst auftauchen.

Dieser Verzicht darf allerdings nicht so verstanden werden, als ob die Lösung derartiger Fragen zweitrangig sei. Ganz im Gegenteil kommt ihnen höchste Priorität zu, aber ich glaube eben auch, dass das ‚Oben‘ nicht gelingen kann, so lange das ‚Unten‘ nicht angemessener gestaltet worden ist.

Möge die Tatsache, dass der eine oder andere Vorschlag sogar einen kostengünstigen Charme aufweist, die im Bildungsbereich Verantwortlichen dazu veranlassen, stärker als bisher auf die Stimme des (Schul-)Volkes zu hören!

2. Förderbedarf

2.1 Eigene Erfahrungen

Wer die vorherrschenden Lebensbedingungen der aus der Unterschicht stammenden Förderschüler kennt, weiß auch, dass die schulischen Förderangebote nach wie vor zeitlich und inhaltlich völlig unzureichend sind. Unterstützt durch eine für diesen Personenkreis absolut kontraproduktive Familienpolitik wachsen Kinder heran, denen es an nahezu allem mangelt.

Das Elend fängt oft genug schon vor der Geburt an. Die meist sehr jungen und schlecht informierten werdenden Mütter sehen kaum ein, dass sie wegen der Schwangerschaft ihren Lebensstil ändern sollten. Also wird weiter geraucht, gekifft, Alkohol getrunken und unter dem Einfluss von Aufputzmitteln (alte und neue Formen von Ecstasy etc.) nächtelang durchgetanzt.

Eine Chance zur nachgeburtlichen Erholung ist den bei solchen Schwangerschaftsverläufen in der einen oder anderen Art vorgeschädigten Kindern nicht vergönnt. Ganz im Gegenteil fängt für viele das Martyrium jetzt erst richtig an.

Die frisch gebackenen Eltern (falls der leibliche Vater überhaupt bekannt und/oder anwesend ist) fühlen sich heillos überfordert von der plötzlich gebotenen Regelmäßigkeit, mit der der Säugling gefüttert und gewandelt werden muss. Wenn dem Baby, das für Schlafmangel und ausgefallene Feten verantwortlich gemacht wird, dann auch noch einfällt, seine Bedürfnisse lauthals brüllend anzumahnen, gehen die Nerven vollends durch und das neugeborene Kind wird angeschrien, geschüttelt und geschlagen, damit es endlich Ruhe gibt.

Dabei ist vielen Müttern/Eltern einfach nicht bekannt, dass schon das Schütteln irreversible Hirnschädigungen verursachen kann. Die Anwendung dieses ‚Erziehungsmittels‘ zeigt deshalb nicht zwangsläufig einen Hang zur Brutalität oder Grausamkeit an, sondern ist eher als Ausdruck einer enormen Ratlosigkeit unreifer und unwissender Eltern zu verstehen.

Auch alle späteren Erziehungsversuche weisen dieses Grundmuster auf: ausschließliche Anwendung drakonischer Strafen. Bevorzugte Erziehungsmittel sind ‚Verdreschen‘ (mit gusseisernen Pfannen oder anderen Gegenständen), Fernsehverbote, tagelanger Hausarrest und Nahrungsentzug, der mit Hilfe eines abgeschlossenen Kühlschranks manchmal sogar permanent praktiziert wird.

Die in dieser Art ‚erzogenen‘ Kinder und Jugendlichen werden auch noch dadurch verunsichert, dass die Bestrafungen völlig inkonsequent erfolgen. So kann ein nicht schnell genug geholtes Bier viel schlimmer geahndet werden als das Bestehlen eines anderen Familienmitgliedes. In der Regel überhaupt nicht ‚strafwürdig‘ sind alle Angelegenheiten, die mit der Schule zu tun haben (fehlende Unterrichtsmaterialien, unerledigte Hausaufgaben, Schulschwänzen, aggressives Verhalten in der Klasse etc.).

In den ausländischen Unterschichtfamilien sind die aus körperlicher Gewalt bestehenden Erziehungsmethoden deutlich seltener anzutreffen. Besonders den in

diesem Umfeld aufwachsenden Jungen werden recht gute Startbedingungen geboten, da sie in aller Regel ausreichend versorgt, von allen geliebt und viel gelobt werden. (Meiner Erfahrung nach wird auch behinderten Säuglingen und Kleinkindern dieselbe fürsorgliche Haltung entgegengebracht.)

Die negativen Übereinstimmungen beider Unterschichtmilieus beginnen mit der Unterbringung. Zumindest in städtischen Ballungszentren steht oft schon dem ersten Kind nicht ausreichend Raum für die Zeit des Heranwachsens zur Verfügung, wobei sich die Situation mit jedem neu hinzukommenden Kind natürlich immer weiter verschlechtert. (Aus diesem Grund rege ich mich jedes Mal auf, wenn zusätzliche Betreuungsgelder gegen außerhäusliche Unterbringungs- und Fördermaßnahmen ausgespielt werden. Können sich die für solche Vorschläge verantwortlichen Politiker wirklich nicht vorstellen, dass einfach nur mehr Geld die entsprechenden Familien zur Zeugung weiterer Kinder anregt, die dann unter immer eingengeren Verhältnissen groß werden müssen?!)

Zur räumlichen Enge kommt – überwiegend in deutschen Unterschichtfamilien – eine unglaubliche Vermüllung hinzu. Nie ist irgendein Tisch frei (z.B. für die spätere Erledigung von Hausaufgaben), weil Wäschestücke, Biergläser, Aschenbecher, Essensreste, Chipstüten, Fernbedienungen etc. nur äußerst selten weggeräumt bzw. sofort durch andere Gegenstände ersetzt werden.

Genauso nachlässig wird mit der Pflege des eigenen Körpers umgegangen. Selten gewaschene Körper und noch seltener gewaschene Kleidungsstücke haben zur Folge, dass Unterschichtkinder sehr oft streng riechen und schon allein deshalb von den besser gestellten Klassenkameraden gemieden werden. Mundgeruch und pelzige Zahnbeläge erschweren die Kommunikation zusätzlich.

In den ausländischen Familien wird weitaus mehr auf Hygiene geachtet, wobei in einem Punkt wieder eine Art Angleichung an deutsche Unterschichtfamilien festzustellen ist. Die Gewohnheit, quengelnde Kinder mit der Verabreichung von Nuckelflaschen zu beruhigen, deren Inhalt aus gesüßtem Tee besteht, hat in beiden Milieus zur Folge, dass schon die Milchzähne der Kleinkinder von Karies befallen sein können.

Ein für deutsche Unterschichtfamilien typisches Attribut der Lebensführung ist die Haltung großer und kleiner Haustiere, die einerseits (oft mehr als die hier lebenden Kinder) geliebt und andererseits überwiegend schlecht gepflegt werden (zu seltener Ausgang und/oder zu seltene Reinigung von Käfigen und Katzentoiletten). Dadurch können die relativ kleinen Wohnungen auch noch von einem bestialischen Gestank erfüllt sein, der die Bewohner aber nicht zu einem regelmäßigen Lüften veranlasst.

Auf diese Weise breiten sich schnell Schimmelpilze aus, die zu einer Reihe eigentlich vermeidbarer Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen führen. Besuche beim Kinderarzt finden wegen des damit verbundenen Aufwandes (Aufstehen, Ankleiden, Hinfahren und vielleicht auch noch vorherige Terminabsprache) trotzdem eher selten statt, was im Übrigen auch für die Wahrnehmung der kostenlos angebotenen nachgeburtlichen Untersuchungen gilt.

Ein meines Erachtens zu stark vernachlässigter Aspekt dieser Lebensbedingungen besteht in dem völligen Mangel an Schönheit. Die in diesem Umfeld aufwachsenden

Kinder und Jugendlichen kennen allenfalls Zeitschriften- und Kalenderbilder (mit einschlägigen Motiven) als Wandschmuck, während auf den Tischen und Fernsehern – wenn es hoch kommt – Vasen mit verstaubten Plastikblumen, zu Computerspielen gehörende Plastikmonster, Plüschtiere, Porzellankatzen und andere auf dem Jahrmarkt gewonnene oder in Billigstläden erworbene Artikel stehen.

Eine ebenfalls oft unterschätzte Rolle spielt die häusliche Lärmbelästigung. In Familien, in denen Fernseher, Computer, CD-Player etc. zumindest tagsüber beinahe pausenlos eingeschaltet sind, wirkt sich die räumliche Enge wie ein Schallkäfig aus, in dem die Kleinkinder hilflos gefangen sind. Da mir dieser Umstand wegen der daraus folgenden Konzentrationsschwäche so besonders wichtig ist, möchte ich ausnahmsweise ein konkretes Beispiel hinzufügen. So habe ich erlebt, wie – begleitend zu allem anderen Lärm – einem wenige Tage alten Säugling ein extra dafür aufgezogener und schrill klingender Wecker ans Ohr gehalten wurde und die Umstehenden vor Entzücken kaum an sich halten konnten, als das Baby heftig schreiend reagierte.

Zu den medial erzeugten Geräuschen kommen ziemlich regelmäßig Streitigkeiten zwischen den älteren Familienmitgliedern hinzu, die mit ansteigendem Alkoholkonsum immer lauter werden. Die Debatten entzünden sich meistens an vermuteter oder tatsächlicher Untreue und führen – bestenfalls! – zum vorübergehenden Auszug eines Partners aus der Wohnung. In den schlimmeren Fällen endet die Auseinandersetzung mit einer Prügelei und/oder einer als Versöhnung verklärten Vergewaltigung. (Um nicht missverstanden zu werden: gerade diese primitiven Formen aktiver Gewaltausübung ziehen sich durch alle gesellschaftlichen Schichten, treten aber nicht überall so gehäuft und nicht so stark eingebettet in medial vermittelte Gewalt auf.)

Zuschauenden oder mitverprügelten Kindern gilt es schon als Segen, wenn der Alkoholpegel so hoch gestiegen ist, dass eine Art Handlungsunfähigkeit eintritt. Die Zeiten, in denen „der/die Alte/n total besoffen in der Falle liegt/liegen“, gelten als willkommene Ruhepausen.

An guten Tagen wird das heranwachsende Kind mit Liebkosungen überschüttet, dabei aber gleichzeitig mehrfach instrumentalisiert (Abbau von Schuldgefühlen, Partnerersatz etc.). Da aber weder die guten noch die schlechten Tage eine sich verstetigende Form annehmen, muss das zwischen extremen Gefühlsschwankungen hin und her gerissene Kind schon früh damit fertig werden, kein dauerhaftes Vertrauen entwickeln zu können.

Die situative Unberechenbarkeit wird oftmals verstärkt durch das Auftauchen wechselnder Bezugspersonen. In einer Phase, in der verlässliche Bezugspersonen so dringend gebraucht werden wie sonst nie im Leben, bleibt es dem herumgeschubsten Kind selbst überlassen, an wen und woran es sich orientieren soll.

Die emotionale Vernachlässigung geht üblicherweise mit einer kognitiven Vernachlässigung einher. Von Müttern/Eltern, die Analphabeten geblieben oder wieder geworden sind, kann nicht ernsthaft erwartet werden, dass sie für ihr/e Kind/er Bücher kaufen und ihnen daraus vorlesen.

Aber auch sonstige erkenntnis- oder bildungsfördernde Maßnahmen unterbleiben. Fernsehsendungen und – in etwas höherem Alter – auch Computerspiele werden als bequeme Ruhigstellungsmittel eingesetzt, wobei die jeweiligen Inhalte völlig egal sind. So kommt es, dass schon Kleinkinder – abgesehen von Zeichentrickfilmen und Fußballspielen – mit Gewalt-, Horror- und Pornodarstellungen konfrontiert werden, von denen sie später glauben, dass es sich hierbei um die geistige Kost aller Kinder handelt.

Klärende Gespräche finden selbst dann nicht statt, wenn auch die Älteren (Verwandte und/oder Bekannte) zuschauen. Damit wären die Erwachsenen, die sich oft schon in der zweiten oder dritten Generation als Leistungsempfänger durchs Leben schlagen, allerdings auch überfordert, denn Gewaltdarstellungen empfinden sie als normal und die klare Unterscheidung zwischen Fiktion und Wirklichkeit ist ihnen ebenfalls nicht vermittelt worden.

Hinsichtlich des Konsums menschenverachtender Inhalte sieht es in den sozial schwachen Migrantenfamilien zunächst etwas anders aus. Die in diesem Umfeld lebenden Kinder wachsen mit Filmen und Berichten aus dem jeweiligen Heimatland auf, über deren Qualität sich Außenstehende kaum ein Urteil bilden können. Immerhin lässt die Bevorzugung heimischer Sendungen die Vermutung zu, dass sich brutale Inhalte auf – allerdings ebenfalls bedenkliche – Kriegsberichterstattungen beschränken.

Eine Angleichung bahnt sich mit dem Eintritt ins computerfähige Alter an und setzt sich mit dem Erwerb der ersten Handys fort. Vor allem bei den Jungen sind keine ethnischen Unterschiede mehr feststellbar, wenn es um das Betrachten bzw. Herunterladen brutaler Handy-Filmchen geht. Zu den Schwerpunkten der Gewalt verherrlichenden Szenen gehören einerseits rechtsextreme Hassbotschaften und andererseits alle Handlungen, die auf körperliche und seelische Erniedrigungen von Frauen hinauslaufen.

Im Zuge des gegenseitigen Imponiergehaves (Wer kann mit dem ekligsten Film aufwarten?) stellt sich oft der bizarre Effekt ein, dass ausgerechnet die besonders schlecht angesehenen Schüler (also vorzugsweise die ausländischen sowie die klar als behindert erkennbaren Schüler) mit vorauseilendem Eifer bei der Sache sind. Statt ihre eigene Gefährdung bei einem Wiedererstarken faschistischen Denkens zu erkennen, verweisen sie voller Überzeugung auf die scheinbare Berechtigung entwürdigender Handlungen, indem sie den davon Betroffenen eine eigene Schuld zusprechen.

In diesem Zusammenhang muss ich unwillkürlich an mein Entsetzen denken, das ich empfand, als ich vor Jahren zum ersten Mal das als Beleidigung gemeinte Wort ‚Opfer‘ gehört habe. Dabei ging es damals ‚nur‘ um die Erkenntnis, dass unsere Bemühungen, junge Menschen zu sozial verantwortungsbewussten Wesen zu erziehen, in manchen Fällen gründlich misslungen sind. Inzwischen ist als neue Erkenntnis hinzugekommen, dass die Verunglimpfung als Opfer in allen Milieus zu einem bevorzugten Ausleseinstrument geworden ist.

Im Verbund mit anderen Entwürdigungs- und Einschüchterungsmethoden kommt es schnell zum Bullying, d.h. zum systematischen Mobbing mit klar verteilten Rollen (Opfer, Täter, Außenstehende, Assistenten des Täters, Verteidiger des Opfers etc.),

das mittlerweile als Standardverfahren zur Herausbildung bzw. Festigung der innerhalb einer Klasse oder Clique herrschenden Rangordnung gelten kann. Ohne an dieser Stelle näher auf die – mitunter jahrelangen – Qualen der Mobbingopfer einzugehen, möchte ich auf die weniger geläufige Tatsache hinweisen, dass Fleiß und Interesse besonders häufig gebrandmarkt werden. Schüler mit diesen Eigenschaften werden schnell als zutiefst verabscheuungswürdige ‚Streber‘ und ‚Schleimer‘ aus der Gemeinschaft ausgestoßen.

Wird ein Mobbingopfer verprügelt, zeigt sich besonders deutlich, wie weit die Gefühllosigkeit (speziell die Unfähigkeit, Mitleid zu empfinden) inzwischen gediehen ist. Den schon am Boden liegenden ‚Gegnern‘ wird noch einmal und noch einmal ins Gesicht getreten, obwohl die ‚Sieger‘ sehr gut wissen, dass sie schon längst keine Gegenwehr mehr zu befürchten haben.

Die anschließenden Einzel- oder Klassengespräche (in besonders schweren Fällen unter Ausschluss des Haupttäters, der mit einem Schulverweis nach Hause geschickt worden ist) erbringen in der Regel nicht viel, da die dominierenden Täter und/oder Helfer weder über ein Schuldbewusstsein noch über ausreichende soziale Fähigkeiten (Selbstbeherrschung, Frustrationstoleranz etc.) verfügen. Auch hinsichtlich der möglichen Folgen bleiben sie unbeeindruckt und lassen keinerlei Neigung erkennen, sich bei nächster Gelegenheit von derartigen Überlegungen aufhalten zu lassen. Vorschläge wie die Übernahme von Patenschaften finden deshalb nur selten Gehör. In den allermeisten Fällen kann das Mobbingopfer schon froh sein, wenn sich wenigstens einer der Täter zu einer gemurmelten Entschuldigung herablässt.

So vergleichbar die Rangordnungsziele und –methoden in allen Schülerschichten sind, so wenig trifft dies auf die Freizeit zu, die dem entsprechend – ungeachtet aller scheinbar identischen Szene-Kennzeichen – auch nicht gemeinsam verbracht wird. Viele Freizeitmöglichkeiten bleiben den Kindern und Jugendlichen aus der Unterschicht nicht zuletzt deshalb verschlossen, weil sie – trotz gelegentlicher illegaler ‚Aufbesserungen‘ – nicht genug Geld zur Finanzierung von Eintrittskarten, Ausrüstung oder Markenklamotten zur Verfügung haben. In dieser Situation ist es schon eine glückliche Fügung, wenn sich noch ein Jugendclub in ihrer Nähe befindet, in dem sie Tischfußball und Tischtennis spielen können.

Mit einer Mischung aus Trotz und Heimlichkeit träumen die älteren Unterschichtkinder (speziell die Jungen) von dem Erwerb eines superschnellen Flitzers, mit dessen Hilfe sie Mädchen ‚aufreißen‘ und/oder an verbotenen Rennen teilnehmen können. Dabei ist allen bewusst, dass sie ihren Traum nie auf legale Art und Weise erfüllen können, denn Hartz IV würde vielleicht gerade mal für den Erwerb eines gefälschten (und damit auch schon illegalen) Führerscheins reichen. (Für so manchen Jugendlichen ist es deshalb nur logisch, wenn er als Berufswunsch ‚Verbrecher‘ oder ‚Drogenboss‘ angibt.)

Harmlosere und zugleich sehr viel kostengünstigere Alternativen wie die Teilnahme an Massensportveranstaltungen kommen wegen fehlender Fitness und/oder Ausdauer in der Regel auch nicht in Frage. Und selbst dann, wenn Voraussetzungen und Interesse gegeben sind, scheitert das Vorhaben oft letztendlich an der Unfähigkeit, den Veranstaltungsort selbstständig und rechtzeitig ausfindig zu machen. (Diese spezielle Unfähigkeit trifft vor allem auf den vor komplexeren

Problemen stehenden großstädtischen Nachwuchs zu und hängt manches Mal auch mit einer irrational anmutenden Angst vor einem Verlassen des eigenen Kiezes zusammen.)

Noch viel weniger kommen ehrenamtliche Tätigkeiten in Frage. Zum einen sind die hier gemeinten jungen Leute felsenfest davon überzeugt, dass sich kein normaler Mensch für andere Belange (z.B. Umwelt) interessiert und zum anderen sind sie gar nicht in der Lage, regelmäßige Treffen einzuhalten. Schließlich besteht die – allerdings nicht laut eingestandene – Gefahr, andernorts als kleines Licht geoutet zu werden.

Und so verbringen sie den größten Teil ihrer Freizeit mit Abhängen (Abchillen) und/oder Drogen- bzw. Alkoholkonsum (flat-rate-Partys). Eine der aktivsten Formen der Freizeitgestaltung findet in den Diskos statt, auf deren Besuch man sich z.B. durch den vorherigen Verzehr von Pilzschokolade vorbereitet. (Die zusätzlich in die Diskos geschmuggelten Rauschpilze sind wegen der Wärme ungesüßt und schmecken deshalb nur den ganz Hartgesottenen.)

Die ganze Tristesse offenbart sich regelmäßig nach den Ferien, wenn in der Schule nach den schönsten (!) Ferienerlebnissen gefragt wird. In Gegenwart besser gestellter Schüler folgt in der ersten Zeit ein Lügenmärchen (tolle Ausflüge mit einem gar nicht anwesenden Papa) und später ein hartnäckiges Schweigen. Noch später, d.h. im ausschließlichen Beisammensein mit Schicksalsgenossen, sind Dinge zu erfahren wie: Bruder in den Knast eingefahren (d.h. mehr zur Verfügung stehender Platz), super Prügeleien (untereinander oder mit Leuten aus anderen gangs), voll spannendes nächtelanges Herumstromern durch den Kiez, erfolgreiches Verticken zuvor geklauter Waren, voll geile Sachbeschädigungen etc.

Ähnlich traurig und armselig fallen auch die Antworten auf Fragen nach den Essgewohnheiten aus. Dabei zeigt sich, dass Ernährungsfehler in vielfacher Hinsicht auftreten: Häufigkeit (zu oft oder zu selten), Unregelmäßigkeit (auch bedingt durch den jeweiligen Monatszeitraum), Inhaltsstoffe (zu viel Süßes und Fett), Zubereitung (Fertiggerichte, die oft auch noch kalt verzehrt werden) und Esskultur (selten in einer Gruppe oder an einem gedeckten Tisch).

Eine gewisse – wenn auch verhängnisvolle – Regelmäßigkeit besteht im Wegfall des Frühstücks, für den immer häufiger Mütter/Eltern verantwortlich sind, die nicht so früh wie ihre Kinder aufstehen mögen. Aus Solidarität zu den Müttern/Eltern wird dann oft behauptet, morgens gar nichts zu vertragen. (Auf den ersten Blick mag diese Art der Solidarität, die auch in anderen Zusammenhängen immer wieder zum Tragen kommt, unverständlich erscheinen. Tatsächlich handelt es sich hierbei um die mehr oder weniger bewusste Erkenntnis, dass andere Mütter/Eltern nicht zur Verfügung stehen.)

Viele Kinder und Jugendliche müssen aber nicht nur den Morgen, sondern den ganzen Vormittag hungrig überstehen. Diese Schüler sind schon glücklich, wenn sie wenigstens am Monatsanfang etwas Geld in die Hand gedrückt bekommen, das dann sofort für billige Süßwaren oder andere minderwertige Produkte (Chips, sehr zuckerhaltige Getränke etc.) ausgegeben wird. Seit einiger Zeit besonders beliebt sind stark gewürzte Nudelstückchen, die in Tüten angeboten und von den Schülern trocken heruntergewürgt werden.

Besonders kräftezehrend wirken sich die zuckerhaltigen Lebensmittel aus, da für deren Verstoffwechslung große Mengen an B-Vitaminen und Kalzium benötigt werden, die der Körper eigentlich für die Erledigung anderer Aufgaben (Immunabwehr, Stärkung der Knochen) braucht. Auf diese Zusammenhänge werden die Schüler aber nicht gerne aufmerksam gemacht, da alles Süße für sie positiv besetzt ist und sie zunächst einmal keinen Hunger mehr verspüren.

Die Beschränkung auf billige Lebensmittel führt nicht nur zu einer Unterversorgung des Körpers mit Vitaminen und anderen wichtigen Nahrungsbestandteilen, sondern hat auch einen nicht zu unterschätzenden Verlust des Geschmacksempfindens zur Folge. Kinder und Jugendliche, die mit künstlichen Aromastoffen und Geschmacksverstärkern aufgewachsen sind, können später nur schwer für gesundes (ihres Erachtens fad schmeckendes) Essen begeistert werden. Deshalb ist bei einer Schulverköstigung auch oft zu beobachten, dass bestimmte Schüler schon vor dem Verzehr zum Salzstreuer greifen.

In dieser Beziehung ergeht es den aus ausländischen Unterschichtfamilien stammenden Schülern meistens besser. Da sie regelmäßiger und vor allem gesünder ernährt werden, bleibt ihnen die Fähigkeit, das Essen auch in unverfälschter Form genießen zu können, erhalten. Außerdem sind ihnen gemeinsam eingenommene Mahlzeiten noch ziemlich vertraut, wenngleich auch in diesem Umfeld radikale Veränderungen (Trennungen und Scheidungen) zunehmen.

Eine Übereinstimmung beider Milieus ist hinsichtlich der Tischsitten feststellbar. Vor allem das Essen mit Messer und Gabel scheint auch im höheren Alter eine immense Hürde darzustellen, wenn die entsprechende Technik nicht früh erlernt worden ist. Diese Unbeholfenheit mag während der Schulzeit noch als relativ kleines Problem durchgehen, gehört aber im späteren Leben zu den entscheidenden gesellschaftlichen Aussortierungsmerkmalen. Da auch andere Umgangsformen (Höflichkeit, Rücksichtnahme etc.) bei den Unterschichtkindern nicht ausreichend vorhanden sind, haben sie selbst dann nur minimale Chancen, gesellschaftlich Fuß fassen bzw. aufsteigen zu können, wenn es ihnen gelingen sollte, einen ‚richtigen‘ Beruf zu erlernen.

Vor dem Hintergrund dieser (von den betroffenen Kindern und Jugendlichen selbst klar empfundenen) Perspektivlosigkeit mag man gar nicht daran denken, dass mit der schlecht beherrschten Sprache ein weiteres und sogar noch viel mächtigeres Sozialstigma existiert. Wer – abgesehen von den Angehörigen helfender Berufe – will schon freiwillig etwas mit Leuten zu tun haben, die sich nicht klar ausdrücken, nicht unter Verzicht auf Fäkalsprache formulieren und nicht einmal in vollständigen Sätzen sprechen können?

Dabei unterzieht sich (einschließlich vieler Politiker!) kaum ein Angehöriger der besser situierten Schichten jemals der Mühe, über die Gründe der vielen abstoßend wirkenden Defizite nachzudenken. Ganz im Gegenteil müssen sich die schwer benachteiligten Kinder und Jugendlichen auch noch den Vorwurf gefallen lassen, verstockt, bössartig und unwillig zu sein. Unter diesen Umständen halte ich es für eine geradezu gesunde – zumindest verständliche – Reaktion, wenn die dermaßen diskriminierten Schüler irgendwann anfangen, selbst gut gemeinte Vorhaltungen nur noch mit einem „Ist mir doch egal!“ zu quittieren.

2.2 Ergänzende Informationen

Dem zusammenfassenden Erfahrungsbericht, der teils auf eigener Anschauung (Elternbesuche) und teils auf Pausen- und Beratungsgesprächen mit Förderschülern beruht, soll eine Darstellung anderweitig gewonnener Erkenntnisse (Lektüre, Funk und Fernsehen) folgen, die geeignet sind, den von mir behaupteten Umfang des Förderbedarfs aus einem neutraleren Blickwinkel zu bestätigen.

Seit einigen Jahrzehnten ist bekannt, dass Säuglinge nicht weitgehend passive Wesen, sondern höchst agile Interaktionspartner sind, die zudem über ein erstaunliches Arsenal an früh entwickelten Fähigkeiten verfügen. So sorgen spontane Aktivitätswellen schon im Mutterleib für eine erste Feineinstellung unserer Sinne. Umgekehrt kommt es zu ersten Verzögerungen, wenn Nikotin und andere Hemmstoffe auf das werdende Kind einwirken.

Ohne Beeinträchtigungen haben sich Seh- und Hörvermögen bereits im Alter von 4 bis 6 Monaten schon fast vollständig ausgebildet. Ebenso rasant schreitet die geistige Entwicklung voran. Das zunächst nur grob angelegte Nervenleitungsnetz wird feinmaschiger, die Nervenzellen wachsen und bilden immer neue Verbindungen.

Damit das Neugeborene sein reifendes Nervensystem optimal ausbilden und seine Gehirnmasse vervierfachen kann, müssen – neben einer ausgewogenen Ernährung - seine aufnahmebereiten Sinne möglichst vielseitig aktiviert (aber nicht überflutet!) werden. Hierfür benötigt es eine liebevolle und regelmäßige Zuwendung in Form von Ansprache, Anregung (Spiele, Spielzeug, Singen etc.) und Abwechslung. Werden diese Grundbedürfnisse des Babys nur unzureichend erfüllt, kommt es zu einem allmählichen Erlöschen der als Entwicklungstriebfeder geltenden Neugier bzw. zu einer Verzögerung der kognitiven Entwicklung.

Von den genannten Anregungsbeispielen ist das Spielzeug noch am ehesten anzutreffen. Für beide Unterschichtmilieus gilt aber, dass die bevorzugten Spielmaterialien sowohl im wahrsten als auch im übertragenen Sinne des Wortes ziemlich wertlos sind. Oft handelt es sich hierbei um quietschbunte Plastikteile mit äußerst eingeschränkten Spielmöglichkeiten. Auch die spätere Beschäftigung mit dem ohnehin bedenklichen Kriegsspielzeug setzt keine Kreativität frei. Hinzu kommt, dass die Billigteile hochgradig giftig sein können. (Wie man erst kürzlich herausgefunden hat, trifft dies sogar auf die aus Plastik bestehenden Babyfläschchen zu, deren Bisphenol A-Gehalt sich schon in kleinsten Mengen negativ auf die Entwicklung des Gehirns auswirken kann.)

Dabei gehört die minderwertige Qualität des Spielzeugangebotes noch zu den kleineren Problemen. Viel entscheidender ist, dass vom Erfolg bzw. Misserfolg der kleinkindlichen Interaktionsbemühungen abhängt, ob sich in einem Menschen die Überzeugung herausbildet, den Gang der Ereignisse beeinflussen zu können oder nicht. (Wahrscheinlich wird also schon in diesem Entwicklungsstadium die spätere ‚Hat-ja-doch-keinen-Zweck-Mentalität‘ angebahnt.)

Trotz des seit dem Jahr 2000 bestehenden Prügelverbotes (Gesetz zur Ächtung von Gewalt in der Erziehung) werden Kinder noch immer (und zwar in allen Schichten!)

geschüttelt, geschlagen und getreten, um sie zu bestrafen oder gefügig zu machen. Dabei kommt dem Schütteln eine besondere Bedeutung zu, weil alle daraus resultierenden Verletzungen im Gehirn des Kindes äußerlich kaum sichtbar sind, aber dennoch zu schweren neurologischen Entwicklungsstörungen führen können.

Ganz anders verursachte Entwicklungshemmnisse treten gehäuft in den an Eheschließungen zwischen nah verwandten Familienmitgliedern festhaltenden Migrantenfamilien auf. Bis heute wird – zum Nachteil der Kinder – dieses Thema aus Angst vor Missverständnissen tot geschwiegen, so dass die bereits bestehenden Aufklärungskampagnen keinerlei Unterstützung erfahren und deshalb auch nur eine sehr begrenzte Wirkung entfalten können.

Von entsprechenden Aufklärungsversuchen in Schulen kann auch nicht viel erwartet werden, da für den Sexualkundeunterricht insgesamt nur relativ wenig Zeit zur Verfügung steht und keine Einbeziehung der Familien erfolgen kann. Hinzu kommt, dass gerade ausländische Jugendliche vehement alles abwehren, was mit Behinderung zu tun hat. Obwohl sie eigentlich anders geprägt sein müssten, haben die meisten von ihnen im Laufe ihrer Schulzeit einen erschreckenden Hass auf Behinderte entwickelt. Verständlich ist dies nur, wenn man sich vergegenwärtigt, dass nach Einschätzung vieler Klassen'gemeinschaften' die Gruppe der Behinderten die einzige ist, die noch unterhalb der Gruppe des ‚ausländischen Gesindels‘ rangiert. Dem entsprechend würde ein respektvoller Umgang mit den in der eigenen Klasse anwesenden Behinderten bedeuten, sich selbst auf die allerniedrigste Stufe der Hierarchie zu stellen.

Neben den ‚klassischen‘ Behinderungen (geistige Entwicklung, körperliche Beeinträchtigungen und psychische Erkrankungen) können – hinsichtlich des späteren Lebensweges – auch Bindungshemmnisse eine große Behinderung darstellen. Besonders gefährdet sind Kinder, deren Mütter schon in der Schwangerschaft in einer Krise steckten. Wenn es an Bindungsintensität und –qualität zwischen Müttern/Eltern und Kindern mangelt, bekommen die Kinder nicht die emotionale Sicherheit, die sie brauchen, um sich psychisch gesund entwickeln zu können. Ohne diese Sicherheit flüchten sie sich in Ersatzbefriedigungen und Auffälligkeiten, die allesamt als Reaktion auf ihre emotionale Vernachlässigung verstanden werden können.

Bindungsunsicherheit und –unfähigkeit werden stark ‚gefördert‘ durch den Einsatz des Fernsehers als elektronisches Kindermädchen. Täglich stundenlang starren die so ‚versorgten‘ Kinder auf die Mattscheibe und müssen erfahren, dass ein Fernseher keine Fragen beantwortet und keinen spielerischen Umgang mit den eigenen Ängsten (also Angstbewältigung) zulässt.

Das Hauptproblem besteht in der Abwesenheit nachahmenswerter Vorbilder aus Fleisch und Blut. Selbst beim besten Willen können Mütter/Eltern mit eigenen emotionalen Defiziten diese Rolle nicht ausfüllen.

Wenn Mütter/Eltern auch noch Opfer sexuellen Missbrauchs gewesen sind, kann es als Folge einer ‚projizierenden Identifikation‘ zur Weitergabe des selbst erlebten Leides an die nächste Generation kommen, indem die eigenen Kinder vergewaltigt werden. Erste ausführlichere Berichte zu den dabei angewandten Praktiken liegen seit Beginn der 90-er Jahre vor.

In einem der geschilderten Fälle handelte es sich um Eltern, die schon so oft Gewalt pornos konsumiert hatten, dass sie selbst von den widerlichsten Darstellungen nicht mehr erregt werden konnten. Deshalb gingen sie dazu über, diese Videos ihren gerade schulpflichtigen Kindern zu zeigen und weideten sich an deren Entsetzen. Nach einer Weile (d.h. nachdem die stimulierende Wirkung des kindlichen Entsetzens auch schon wieder nachgelassen hatte), wurden die Kinder gezwungen, die meisten Szenen (auch solche, in denen Sodomie praktiziert wurde) mit einem oder beiden Elternteil/en nachzuspielen.

Danach war es nur noch ein kleiner Schritt bis zur Herstellung der ersten eigenen Videos, die im Bekanntenkreis herumgereicht bzw. getauscht wurden. Mit dem Siegeszug des Computers ist aus diesen Anfängen schnell ein weltweiter Markt geworden, der dafür gesorgt hat, dass sich mit dem Missbrauch von Kindern auch noch viel Geld verdienen lässt. (Grundsätzlich neu sind bezahlte Formen des sexuellen Missbrauchs allerdings nicht. Gegen Geld wurden Kinder schon immer Verwandten, Bekannten und anderen ‚Kunden‘ zur freien Verfügung gestellt.)

Jedes missbrauchte Kind wird physisch (Schmerzen, Verletzungen) und psychisch (zerstörtes Vertrauen, übernommene Schuldgefühle) geschädigt und entwickelt dem entsprechend Langzeitsymptome wie Depressionen, Selbstmordneigung, Alkohol- und Drogenabhängigkeit. In jedem Fall (d.h. selbst ohne Einnahme von Drogen) kommt es zu einem emotionalen Entwicklungsstopp.

Obwohl die genannten Folgen bei beiden Geschlechtern auftreten, hat es vergleichsweise lange gedauert, bis der Missbrauch von Jungen ernsthaft wahrgenommen worden ist. Angesichts der noch immer vorherrschenden Rollenbilder fühlen sich missbrauchte Jungen zusätzlich als Versager und/oder verkappte Homosexuelle. Besonders die Angst, als Homosexueller diskriminiert zu werden, führt dazu, dass Jungen noch seltener als Mädchen über das ihnen zugefügte Leid sprechen.

Als weiteres Hindernis kommt das Verhalten einer Gesellschaft hinzu, die generell lieber weg- als hinschaut. So muss sich ein missbrauchtes Kind durchschnittlich an sechs bis sieben Erwachsene wenden, bis es einen findet, der ihm Glauben schenkt. Und auch die Urteile fallen im Vergleich zu den lebenslänglichen Schäden, die dem Kind zugefügt worden sind, in aller Regel recht milde aus. (Eine Ausnahme stellen lediglich die von Fremden begangenen oder aus anderen Gründen schlagzeilenträchtigen Gewalttaten dar, die aber statistisch gesehen eine sehr untergeordnete Rolle spielen.)

Die Frage nach der ‚angemessenen‘ Reaktion ist allerdings auch nicht leicht und schon gar nicht allgemeingültig zu beantworten. Immerhin ist es vielen missbrauchten Kindern wichtig, ihre Familie vor einer Zerstörung zu bewahren. Dieser Wunsch entspricht dem ihrer Mütter besonders dann, wenn diese selbst vergewaltigt worden sind und in der Hoffnung, der häuslichen Tyrannei entfliehen zu können, eine eigene Familie gegründet haben. Solange solche Mütter keinen anderen Rettungsanker sehen, werden sie um ihrer selbst willen keine Anzeige erstatten und der aus Vertretern von Ämtern und Schulen bestehenden Öffentlichkeit gegenüber stets behaupten, dass die entsprechenden Vermutungen nichts als bösartige Verleumdungen seien.

Mit Schutzbehauptungen dieser Art kommen die Befragten oder Verhörten auch deshalb noch immer leicht durch, weil die Wahrnehmung der gesetzlich festgelegten Untersuchungstermine nicht konsequent genug überprüft wird und spezielle Untersuchungen zur Aufdeckung von Missbrauchsspuren auch gar nicht vorgesehen sind, so dass diese auf eigene Kosten des Kinderarztes durchgeführt werden müssten. Außerdem sind viele Vergewaltiger ‚clever‘ genug, ausschließlich oder überwiegend diejenigen Praktiken auszuüben, die wenige oder keine verräterischen Spuren hinterlassen (z.B. Oral- oder Schenkelverkehr).

Nur ganz selten dringen Bilder von missbrauchten Kindern mit einem sich nicht mehr schließenden After, blutenden Verletzungen oder Spuren von Fremdkörpern im anogenitalen Bereich an die Öffentlichkeit. Ein möglicher Grund für den zurückhaltenden Umgang mit diesem Bildmaterial könnte in dem Wunsch bestehen, potentielle Täter nicht auch noch mit ‚Anregungen‘ zu versorgen. (Dagegen spricht allerdings die Tatsache, dass die fraglichen Personen längst alle in Pornofilmen dargestellten Scheußlichkeiten kennen. Unter diesem Gesichtspunkt könnte die gewahrte Diskretion auch als weiteres Zeichen eines gesellschaftlichen Desinteresses gewertet werden.)

Von den in allen Gesellschaftsschichten missbrauchten Schutzbefohlenen werden die Unterschichtkinder vermutlich am häufigsten vergewaltigt, da die in diesem Umfeld agierenden Peiniger zumeist arbeitslos und damit auch tagsüber oft zu Hause sind. Dieser – öffentlich kaum wahrgenommene – Aspekt ist sicherlich einer der Gründe für das relativ häufig zu beobachtende Phänomen, dass (vor allem deutsche) Unterschichtkinder oft nur ungern von der Schule nach Hause gehen und sich vor den Ferien geradezu fürchten.

Das Verhalten ausländischer Mädchen, die ebenfalls so lange wie möglich in der Schule verweilen, ist meistens auf ganz andere Gründe zurückzuführen. In diesen Fällen geht es beinahe immer um das nachmittägliche Eingesperrtsein, das zudem mit der Erledigung vieler häuslicher Pflichten verbunden ist. Eine Angst vor den Ferien bildet sich erst dann heraus, wenn die Mädchen älter und größer geworden sind (Beginn des ‚kritischen‘ Alters: beim Sitzen auf einem Stuhl erreichen die Füße den Boden) und gegen ihren Willen in der ihnen ziemlich unbekanntem Heimat einen nicht selbst ausgesuchten Mann heiraten sollen. (Die mit diesem Verfahren nicht einverstandenen Mädchen brauchen in Familien mit tief verwurzelten Traditionen eine enorme Menge an Mut und/oder Intelligenz, um sich – was auch nicht immer gelingt – durchzusetzen und das scheinbar von ihnen verursachte Leid auszuhalten. Männliche Jugendliche, die ebenfalls eine Zwangsehe ablehnen, werden in der Regel etwas verständnisvoller behandelt.)

Die aus der Arbeitslosigkeit resultierenden ‚Zeitwüsten‘ (ver)föhren natürlich auch (wenngleich nicht immer) zu einem vermehrten Alkoholkonsum (sog. ‚Stumpfsinnsalkoholismus‘). Durch den über den ganzen Tag verteilten Konsum mehr oder weniger hochprozentiger Getränke wird die zell- und nervenschädigende Wirkung des Alkohols beschleunigt. Mit zunehmender Abhängigkeit benötigt der Trinker – wie es auch bei anderen Drogen üblich ist – immer größere Mengen, um einen euphorisierten Zustand überhaupt noch erreichen zu können, während die körperliche Verträglichkeit gleichzeitig abnimmt.

Über die Blutbahn gelangt der Alkohol praktisch an jede Stelle unseres Körpers, was leider auch für die ungeborenen Kinder gilt. Im Gegensatz zu vielen anderen von der Plazenta zurückgehaltenen Schadstoffen durchdringt Alkohol die von der Natur errichtete Schranke. Der diesem Gift schutzlos ausgelieferte Embryo verfügt zudem nicht über die Fähigkeit eines erwachsenen Menschen, den Alkohol abzubauen zu können, so dass sich dieser in seinem noch unfertigen Körper regelrecht sammelt. Die daraus resultierenden Folgen reichen von allgemeinen Entwicklungsblockaden bis hin zu körperlichen Deformationen. Kinder besonders stark trinkender Mütter riechen schon bei der Geburt nach Alkohol.

Die körperlichen und geistigen Fehlentwicklungen von Kindern, die im Mutterleib durch Alkohol geschädigt worden sind, werden auch als ‚Alkoholembryopathie‘ bezeichnet. Symptomatische Kennzeichen können sein: Loch in der Herzscheidewand, Trichterbrust, Fehlbildungen an den Genitalien sowie anomale Handfurchen. Sogar das Gesicht eines Säuglings kann viele verräterische Spuren aufweisen: breite Nasenwurzel, schmallippiger Mund, herabhängende Lider, kurze Lidspalte, fliehendes Kinn und nicht zuletzt die von der Nase zum Mund verlaufenden ‚Kummerfalten‘, die dem Gesicht einen ältlichen Ausdruck verleihen.

Nach US-amerikanischen Schätzungen bringen 20 – 50% der schwangeren Alkoholikerinnen missgebildete Kinder zur Welt. Auch väterlicherseits sind eine Reihe von Schäden ‚vorprogrammiert‘. Die Samenfäden eines chronischen Alkoholikers weisen krankhafte Veränderungen auf, die dazu führen, dass die von ihm gezeugten Kinder mit Gehirnschäden auf die Welt kommen. Da der Alkoholiker auch sein eigenes Gehirn ständig weiter zerstört, können die alkoholgeschädigten Kinder nicht auf einen Vater hoffen, der ihnen in einem Leben, das sie als Behinderte führen müssen, zur Seite steht.

Hinsichtlich des Alkoholmissbrauchs sind die aus islamisch geprägten Unterschichtfamilien stammenden Kinder eindeutig im Vorteil. Das bereits erwähnte Festhalten an Ehen zwischen nah verwandten Partnern macht diesen Vorteil leider häufiger wieder zunichte. Hinzu kommt, dass bei den in Deutschland aufgewachsenen Generationen der Missbrauch anderer Drogen (speziell der religiös zulässigen Medikamente mit Drogencharakter) kontinuierlich zugenommen hat.

Die stabilste Form auffälligen Verhaltens ist aber nicht der Alkoholismus, sondern das mit dem Sammelbegriff ‚aggressives Verhalten‘ bezeichnete Auftreten. Die Aggressionsbereitschaft wird schon sehr früh ausgebildet und hält lange an. So konnte bei 8jährigen zu häufigen Aggressionsausbrüchen neigenden Kindern festgestellt werden, dass sie sich auch noch mit 18 Jahren aggressiv und dissozial verhielten.

Zu den vorherrschenden Merkmalen aggressiven Verhaltens gehört die emotionale Unfähigkeit, Gefühle anderer richtig einschätzen bzw. deuten zu können. Kinder und Jugendliche, die sich im Zustand einer permanenten Abwehrhaltung befinden, interpretieren körpersprachliche Signale meistens völlig unzutreffend als Zeichen eines sie betreffenden Angriffswillens, der aus Gründen des Selbstschutzes sofort im Keim erstickt werden muss.

Viele Frustrationserlebnisse (bzw. das Ausbleiben von Erfolgserlebnissen) verhindern den Aufbau eines starken Selbstbewusstseins, was die Suche nach

kompensatorischen Lückenfüllern erforderlich macht. Ichschwache junge Menschen bevorzugen den von körperlicher Gewalt gekennzeichneten (Aus)weg vor allem dann, wenn diese Strategie schon an ihnen selbst ‚ausprobiert‘ worden ist.

Mit Tilidin steht den aggressiv gepolten Kindern und Jugendlichen seit einigen Jahren auch noch ein auf ihre Ersatzbedürfnisse zugeschnittenes Mittel zur Verfügung, bei dem es sich um ein für Patienten mit chronischen Rheumaschmerzen entwickeltes schmerzstillendes Mittel handelt. In der Unterschicht kursiert das Medikament als ‚Prügeldroge‘, da die Einnahme von Tilidin sowohl aggressiver als auch schmerzempfindlicher macht. Unter dem Einfluss dieses Mittels verstärkt sich die Bereitschaft zur Ausübung von Delikten, so dass es den von Allmacht träumenden Jugendlichen gelingt, noch mehr Angst und Schrecken zu verbreiten.

Generell (d.h. hinsichtlich aller aggressiven Erscheinungsbilder bis hin zur Autoaggression) gilt, dass eine auf Druck aufbauende Erziehung (z.B. auch in Form eines übermäßigen Leistungsdruckes) der Entstehung aggressiven Verhaltens Vorschub leistet. Genauso kontraproduktiv (und damit sinnlos) ist es, wenn ein solches Verhalten durch eine erneute Ausübung von Druck unterbunden werden soll. Diese Vorgehensweise beendet das aggressive Verhalten keineswegs, sondern setzt die (nicht selten in Kriminalität mündende) Spirale erst recht in Gang.

Die in Drillcamps mit aggressiven Jugendlichen erzielten Erfolge beweisen nicht das Gegenteil. In diesen Camps profitieren die Jugendlichen von einer absolut eindimensionalen Orientierung, die außerhalb der Camps nur selten angeboten werden kann. Kognitives Lernen wird in einem Umfeld, in dem es mehr um das Gehorchen als um das Denken geht, auch nicht gerade gefördert und das soziale Lernen beschränkt sich auf das Einstehen für die ‚Kameraden‘.

Auf diese Art und Weise wird Aggression nicht für immer abgebaut, sondern als Reaktion auf das wohltuende Geschenk einer eindimensionalen und konsequent gehandhabten Orientierung für die Dauer des Aufenthaltes abgestellt. Das Ergebnis ist ein Kadavergehorsam mit unterdrückter Aggression, die sich bei nächstbesten Gelegenheit wieder gewaltig entladen wird. Somit tragen Drillcamps (und vergleichbare Einrichtungen) nicht viel zur Heilung zerstörter Persönlichkeiten bei, eignen sich aber ganz hervorragend als Vorbereitung auf männerbündlerische Parallelgesellschaften, wie sie vor allem in der rechtsextremen Szene üblich sind.

Öffentlich viel stärker umstritten ist die Verabreichung von ‚Psycho-Medikamenten‘. Das noch immer von allen bekannteste Medikament Ritalin steigert die Aufmerksamkeit und verhilft so den aufmerksamkeitsgestörten und/oder hyperaktiven Kindern zu mehr Ruhe. Davon profitieren vor allem jene Eltern, die schon einen jahrelangen Dauerstress hinter sich haben.

Ritalin enthält den Wirkstoff Methylphenidat, der unter das Betäubungsmittelgesetz fällt. Wohl auch deshalb gestaltete sich der anfängliche Umgang mit Ritalin sehr konspirativ: Müttern tauschten untereinander Telefonnummern von Ärzten aus, die dieses Medikament ohne größere Skrupel verschrieben.

Befürworter und Gegner von Ritalin und artverwandten Medikamenten (Medikinet, DC-Amphetamine, Captagon und Tradon) berufen sich auf unterschiedliche Vorstellungen hinsichtlich der Krankheitsursachen. Für die Befürworter sind

Aufmerksamkeitsstörung und/oder Hyperaktivität die Folge einer Schädigung im Frontalhirn (Beeinträchtigung des Dopamin- und evtl. auch des Serotoninhaushaltes). Die Gegner vertreten das (die Eltern zusätzlich belastende) psychodynamische Erklärungsmodell, nach dem das Kind mit Unruhe auf eine unbefriedigende Beziehung bzw. den daraus folgenden Konflikten in seinem Inneren reagiert.

Von der Kinderkommission des Deutschen Bundestages ist Anfang 2002 die Auffassung vertreten worden, dass Hyperaktivität sowohl hirnorganische als auch soziale Ursachen (z. B. ausufernder Fernsehkonsum) haben kann. Die hieraus abgeleitete Empfehlung lief auf eine zurückhaltende Verschreibung von Ritalin hinaus, ohne dass gesagt worden wäre, wie den sozial geschädigten (wohl mehrheitlich aus der Unterschicht stammenden) Kindern geholfen werden kann.

Im Zuge der internetbedingten Marktüberschwemmung mit entsprechenden Pharmaka sind etliche der zuvor heiß diskutierten Fragen (Stand der Ursachendebatte, begleitende Therapien, Nebenwirkungen) für viele Eltern immer unwichtiger geworden. Auch die Erkenntnisse, dass die verabreichten Medikamente keine Heilung bringen und unter Umständen (bei ca. 1/3 der Betroffenen) ein Leben lang eingenommen werden müssen, scheinen kaum noch eine Rolle zu spielen.

Mit anderen Medikamenten sind zahlreiche Eltern schon vor dem Internet-Zeitalter relativ bedenkenlos umgegangen. In dem Wunsch, ihren Kindern den schulischen Alltag zu erleichtern oder ihnen einen Startvorteil zu verschaffen, wird der Nachwuchs mit Präparaten unterschiedlichster Art (Schmerztabletten, leistungssteigernde ‚Muntermacher‘, angstlösende Antidepressiva etc.) versorgt. Das zuvor noch auf höhere Klassenstufen beschränkte ‚Schul-Doping‘ ist mittlerweile auch in Grundschulklassen anzutreffen. Außerdem zeichnet sich ab, dass aus einer früher gelegentlichen Verabreichung (z. B. anlässlich einer Klassenarbeit) immer häufiger eine (selbst den Freizeitbereich umfassende) Dauerversorgung wird.

Was sich hier vollzieht, ist der Weg in eine mehrheitlich gedopte Gesellschaft, wobei die Unterschichtkinder erneut das Nachsehen haben, weil die in ihren Kreisen üblichen Mittel fast immer leistungsabbauend wirken. Eine große Rolle spielen dabei die Motive. Mittel- und Oberschichtkinder (bzw. deren Eltern) wollen ihrem geplanten Aufstieg nachhelfen, während Unterschichtkinder hauptsächlich an einer Flucht aus ihrer elenden Welt interessiert sind.

Ironischerweise stellt die stets präsente Fluchttendenz die einzige Konstante im Leben der Unterschichtkinder dar. So kommt es, dass mit großer (sonst unüblicher) Ausdauer alle schnell zugänglichen Vermeidungsformen praktiziert werden: Abhängen, Zudröhnen (auch mit Musik), Abbrechen, Leugnen und Weglaufen. Auch wenn nicht permanent auf dieselbe Strategie gesetzt wird, lassen sich hinsichtlich der Geschlechter doch einige Unterschiede ausmachen. Verallgemeinernd gilt, dass vernachlässigte und schulisch überforderte Mädchen in der Regel etwas unauffälligere Vermeidungsstrategien (Unwohlsein, Krankheit, innerer Rückzug) entwickeln, während die gleichermaßen frustrierten Jungen offensivere Formen bevorzugen (totale Arbeitsverweigerung und Schulschwänzen).

Bezüglich dieser Form der ‚Schuldistanz‘ wird in vielen Ländern über Gegenmaßnahmen nachgedacht. Von den fast nur auf Symptombekämpfung hinauslaufenden Stufenmodellen (Elterngespräche, Bußgeld, Polizeieinsatz) ist

bekannt, dass sich deren Wirksamkeit schnell erschöpft. Dabei betreffen die hinter dem unerwünschten Verhalten stehenden Gründe teilweise sogar alle Schüler, solange sie sich in Anstalten aufhalten müssen, in denen ihnen die Lust am Lernen gründlich ausgetrieben wird.

Eine immer größer werdende Schülergruppe glaubt zudem, sich den Schulbesuch gar nicht mehr leisten zu können, da sie befürchten, andernfalls bei gemeinschaftlich organisierten Computerspielen nicht mehr richtig mithalten zu können. Ungefähr 10% der Jugendlichen gelten momentan als exzessive Spieler, die bis zu 17 Stunden täglich dabei sind. Die ‚Spieltage‘ umfassen 24 Stunden an einem Stück und lassen sich ‚natürlich‘ nur mit Hilfe von Drogen durchhalten. Gegessen wird irgendwie nebenbei und das Waschen fällt meistens ganz weg.

Gleich mehrere Faktoren sind für das süchtige Spielverhalten verantwortlich: a) Der Wunsch, ständig höhere levels erreichen zu wollen, wird von den tendenziell unbegrenzten Spielen nicht eingedämmt. b) Durch das Sammeln von Punkten und/oder wichtigen ‚Ausrüstungsgegenständen‘ kann sich der Spieler sehr viele Erfolgserlebnisse verschaffen. c) Selbst Fehlschläge sind leicht zu verkraften, da der Spieler – im Unterschied zum echten Leben – immer wieder einen neuen Versuch starten kann.

Unser Gehirn ist so konstruiert, dass es bei Spaß- und Erfolgserlebnissen endogene Opiate ausschüttet. Der exzessive Spieler verfügt am Ende über ein optimal an den Computer angepasstes Gehirn, das für eine normale Lebensführung allerdings nicht mehr geeignet ist. Die Gefühle sind betäubt, klare zeitliche und örtliche Strukturen existieren nicht mehr, das Interesse an Freunden oder anderen Hobbys erlischt und die schulischen Leistungen (bzw. Noten) sacken dramatisch ab, weil sich das in der Schule Gelernte wegen der Überlagerung durch Computerbilder nicht mehr festsetzen kann. Kurzum: die Jugendlichen klinken sich vereinsamt aus, wodurch sie erst recht keine Chance mehr haben, sich gesellschaftlich zu integrieren.

Die Lebensuntüchtigkeit vieler Jugendlicher lässt sich aber auch in ganz alltäglichen Bereichen beobachten. Damit meine ich vor allem den nie richtig gelernten Umgang mit Geld, der nur teilweise auf die meist vorhandenen Rechenschwächen zurückzuführen ist. Von mindestens ebenso ursächlicher Bedeutung dürfte die Unkenntnis über die Herkunft des monatlich ausgezahlten Geldes sein. Selbst 20jährige können entsprechende Fragen nur mit „Von der Bank!“ beantworten. Mit anderen Worten ist den am Rande der Gesellschaft lebenden Jugendlichen nicht bekannt, dass Geld im Normalfall durch eigenhändige Arbeit verdient wird. Vielleicht fällt es ihnen eben deshalb auch so leicht, sich Geld auf gewaltsame Art und Weise zu verschaffen.

Dass dissoziales Verhalten viel mit früh erlebter Vernachlässigung, Ablehnung und Erniedrigung zu tun hat, ist seit Jahrhunderten bekannt (vgl. Schillers Erzählung „Der Verbrecher aus verlorener Ehre“). Trotzdem wird bis heute so getan, als ob es diesen Zusammenhang nicht wirklich gebe. Es stimmt zwar, dass nicht alle vernachlässigten Kinder und Jugendlichen eine kriminelle Laufbahn einschlagen, aber es stimmt eben auch, dass alle jugendlichen Intensivtäter eine traumatisierende Vergangenheit hinter sich und – besonders im Falle unvermögender Eltern – eine ebenso kaputte Zukunft vor sich haben.

3. Fördermotivation

3.1 Rahmenbedingungen

Als Folge der Zusammenlegung von Schulen ist es zum Bau von immer größeren und zugleich immer hässlicheren Schulgebäuden gekommen. Aus Zeit- und Geldmangel wurden gleichförmige Betonklötze hochgezogen, deren graue Fassaden bis heute weder Schülern noch Lehrern das Gefühl vermitteln, willkommen zu sein. Von innen sehen die Gebäude meistens schon besser aus (relativ viel Licht, freundlichere Farben etc.), aber ‚unendlich‘ viele und lange Flure sorgen dafür, dass trotzdem keine anheimelnde Atmosphäre aufkommt.

Das Gleiche ließ sich viele Jahre lang auch von den Spiel- und Schulhöfen sagen, die oft nur aus zubetonierten Flächen bestanden. Nur ganz allmählich wurden nach und nach Schulhofbegrünungen durchgeführt, deren Finanzierung größtenteils Sponsoren übernahmen.

Aber selbst in kleineren und/oder einladender wirkenden Schulen geht das Unwohlsein um, seit immer drastischer an den Reinigungskosten gespart wird. Ein schnelles Aufwischen pro Tag und eine Grundreinigung pro Jahr müssen jetzt reichen. Folglich sammelt sich der in Ecken, Schränken, Nischen etc. befindliche Dreck Monat für Monat an und bietet so die besten Voraussetzungen für ein - tatsächlich schon vorgekommenes – massenhaftes Auftreten von Ungeziefer.

Das ‚private‘ Reinigungspersonal trifft keine Schuld, da es unter einem enormen Zeitdruck steht. Seit einigen Jahren fallen zudem immer mehr Hausmeister der Sparwut zum Opfer, so dass die verbliebenen Hausmeister ihre Arbeitszeit auf zwei oder mehr Schulen verteilen müssen. Da bleibt dann eben mal eine Toilette tagelang verstopft oder ein sich verbreitender Riss in der Wand unbeachtet.

Natürlich versuchen die Lehrer, wenigstens die Klassenzimmer so ansprechend wie möglich zu gestalten. Dieses Vorhaben ist allerdings oft zum Scheitern verurteilt, da in aller Regel noch immer viele Schüler in relativ kleinen Räumen untergebracht werden müssen und kein ausreichender (und erst recht kein kaschierbarer) Stauraum für die Unterbringung von Garderobe und Tornistern zur Verfügung steht. So kommt es, dass – besonders in den Wintermonaten – das Klassenzimmer schnell wie ein Schlachtfeld aussieht.

Selbst Blumentöpfe auf der Fensterbank sind keine Selbstverständlichkeit, da sich oft kein/e Schüler/in findet, der/die bereit bzw. in der Lage wäre, die Pflanzen während der Ferienzeit zu versorgen. (Sollten Schulräte, die bis vor einiger Zeit für die Beurteilung der Lehrer und damit für die zugehörigen Unterrichtsbesuche zuständig waren, einen anderen Eindruck gewonnen haben, so liegt das daran, dass das gegenseitige Ausleihen der paar noch aufzutreibenden Blumentöpfe bei solchen Anlässen gang und gäbe war.)

Neben einer Beeinträchtigung der emotionalen Faktoren wie Wohlgefühl und Wertschätzung kann die in vielen Schulen gegebene räumliche Situation auch noch das von der Diagnose bis zur Förderung reichende Lernen negativ beeinflussen. Ausgerechnet in Sonderschulen fehlen oft spezielle

Testdurchführungsräume, so dass die Testsituation von vornherein unter einem schlechten Stern steht. Gemeint ist das Ausweichen auf wenig anheimelnde Abstellkammern oder auf kurzfristig freie Klassenzimmer, die den auf dem Flur herrschenden Lärm kaum abschirmen.

In den allgemein bildenden Schulen sind es mehr die fehlenden AG- oder Förderräume, die entweder einen Verzicht auf bestimmte Angebote oder eine skurrile Unterbringung (z.B. im schulischen Heizungskeller) zur Folge haben. Schließlich gibt es auch noch Schulen, denen nicht einmal eine eigene Aula oder eine eigene Sporthalle zur Verfügung steht.

Anonymität, Unübersichtlichkeit, Dreck, Enge und nach wie vor nur begrenzte Möglichkeiten zum Austoben prägen bis heute das Erscheinungsbild zahlreicher Schulen. Dabei ist längst bekannt, dass die genannten Faktoren ausgesprochen aggressionsfördernd wirken. Einige Bundesländer, die dieses Problem erkannt haben, sind dazu übergegangen, spezielle Gebäudesanierungsmittel auszuweisen. Wegen des riesigen Bedarfes sind etliche Schulleiter/innen aber weiterhin gezwungen, sich um Sponsorengelder zu bemühen, die ein – wie ich meine – zu hohes Abhängigkeitsrisiko in sich bergen.

Im Zusammenhang mit den äußerlichen Rahmenbedingungen besteht das Hauptproblem in dem sich daraus ergebenden doppelten Negativeffekt: marode und/oder triste Gebäude tragen erheblich dazu bei, dass einerseits der Förderbedarf ansteigt (Zunahme von Aggression und Lernunlust) und andererseits die Fördermotivation abgeschwächt wird. Die zugespitzt formulierte Frage lautet: Wer lehrt und lernt schon gern, wenn der Putz von den Wänden rieselt und die endlich gefundenen Ausweichquartiere immer wieder mühsam mit dem Nötigsten bestückt werden müssen?

Hinsichtlich der Lehrer will ich damit keinesfalls sagen, dass diese grundsätzlich förderunwillig seien. Schon allein wegen des beruflichen Selbstverständnisses kommt eine solche Interpretation nicht in Frage, aber es gibt zu viele nur schwer zu bewältigende – und außerhalb der Schule oft nicht ausreichend bedachte – Hindernisse, die in ihrer Gesamtheit eine stark demotivierende Wirkung ausüben. Die mit den Räumlichkeiten zusammenhängenden Probleme gehören da noch zu den kleineren Übeln.

Mehr oder weniger zwangsläufig fangen die größeren Schwierigkeiten damit an, dass sich Lehrer und sozial benachteiligte Förderschüler weder kennen noch verstehen, da sie in völlig unterschiedlichen Welten leben. Auf der sprachlichen Ebene zeigt sich das Unverständnis in einem ganz wortwörtlichen Sinne: ein mit einem sehr geringen Wortschatz ausgestattetes Unterschichtkind weiß oft gar nicht, wovon oder worüber der/die Lehrer/in gerade gesprochen hat.

Umgekehrt können sich viele Lehrer nicht erklären, weshalb es den ohnehin nur schwer auszuhaltenden Kindern völlig egal zu sein scheint, dass ihre Unbeliebtheit (vor allem oder auch bei den Mitschülern) mit jeder neuen Störaktion weiter zunimmt. Vollends unerträglich wird es dann, wenn die schon etwas größeren ‚Monster‘ (also zumeist nach der entsprechenden Selektion) zum Lehrer-Mobbing übergehen, die entsprechenden Übergriffe filmen (lassen) und diese anschließend ins Internet stellen.

Da wir in Deutschland – nicht zuletzt auch aus Gründen der Selektion – so gut wie keine aus der Unterschicht stammenden Lehrer haben, verfügen wir über kein nennenswertes Personal, das den Teufelskreis aus mangelnder Liebe, Frust und Aggression aus eigener Anschauung kennt. Dem entsprechend können wir nicht (wie z. B. in Frankreich mit den aus den Vorstädten stammenden Lehrern und Sozialarbeitern) auf ein ‚natürliches‘ Wissen um die Nöte der ausgegrenzten Kinder und Jugendlichen zurückgreifen.

Jahrelang bestand die einzige Hilfe in der Einrichtung von Schulstationen, in die ‚randalierende‘ Schüler für die als notwendig erachteten Zeiträume geschickt werden konnten, um in den Klassenzimmern wieder Ruhe einkehren zu lassen. Die Idee als solche hatte viel für sich, war aber hinsichtlich der Durchführung von Anfang an mit Mängeln behaftet. So wurden die Schulstationen meistens mit ABM-Kräften besetzt, die spätestens nach einem Jahr wieder gehen mussten, um Platz für neue ABM-Kräfte zu schaffen. Ein langfristiger Aufbau von Vertrauensverhältnissen zwischen Mitarbeitern der Schulstation und bindungsgeschädigten Schülern war unter diesen Umständen nicht möglich. (Im Übrigen halte ich den Begriff ‚Schulstation‘ auch deshalb für hoch interessant, weil er – vermutlich unfreiwillig – nicht nur auf die vorübergehende Anwesenheit der Schüler verweist, sondern gleichzeitig eine Interpretation hinsichtlich des krankmachenden Charakters von Schule zulässt.)

Hauptsächlich aus finanziellen Gründen wurden Schulstationen teilweise auch wieder ganz abgeschafft. Sogar Ambulanzstunden, die man für einen festen Bestandteil des Unterrichtsangebotes gehalten hatte, blieben von diesem Schicksal nicht verschont. Ich selbst habe ein Schuljahr (damals in einer Sonderschule für Sprachbehinderte) erlebt, in dem so viele Ambulanzstunden auf einen Schlag ersatzlos gestrichen wurden, dass sich die Schule gezwungen sah, mehrere Lehrerstellen an andere Schulen abtreten zu müssen.

Einmal abgesehen davon, dass jede gestrichene Ambulanzstunde ein Armutzeugnis darstellt, wirken sich Zwangsversetzungen (die auch heute noch praktiziert werden) immer verheerend auf das Schulklima aus. In den allermeisten Fällen kann das von der Schulbehörde erarbeitete Punktesystem seinen Neutralisierungszweck nicht erfüllen, da die ausschlaggebenden Kriterien nicht unumstritten sind.

So gibt es eine ganze Reihe von Lehrern (zu denen ich auch gehöre), die nicht nachvollziehen können, weshalb ausgerechnet die wenigen jungen Kollegen immer zuerst gehen sollen. Schließlich müssen die – ansonsten überaus wichtigen – längerfristigen Beziehungen zu den Schülern nicht unbedingt auf mehrere Schülergenerationen ausgedehnt werden. Außerdem war ich schon immer davon überzeugt, dass jeder Wechsel (sogar im Falle einer Verschlechterung) zu einer Horizonterweiterung beiträgt und auf diese Weise zumindest ein bisschen die gar nicht so seltene ‚Igel-Mentalität‘ überwinden hilft.

Dabei verkenne ich nicht, dass die von mir etwas drastisch charakterisierte Mentalität einen Schutzmechanismus darstellt. Schließlich müssen Lehrer nicht nur mit äußerst schwierigen Schülern, sondern auch noch mit vielen anderen

Widrigkeiten fertig werden. Da ist es dann schon verständlich, wenn man so rare Konstanten wie die ‚Schul-Heimat‘ nicht kampflös aufgeben will.

Viele Abwehrreflexe sind meines Erachtens auf das praxisferne Verhalten der Schulbehörden zurückzuführen. Immer neue Ausführungsvorschriften und Verordnungen wollen beachtet sein, erfordern häufige Umstellungen und laufen meistens auch noch auf einen Anstieg der zusätzlich zu erledigenden verwaltungstechnischen Aufgaben hinaus.

Richtig schlimm wird es immer dann, wenn die Bundesländer – vor allem als Reaktion auf die in großen Vergleichsstudien für Deutschland ermittelten Negativwerte – hektisch werden und schnell die eine oder andere zusätzliche Bildungsmaßnahme aus dem Boden stampfen. Typisch für Hau-Ruck-Aktionen ist, dass der Zeitdruck keine günstigen Startbedingungen zulässt (vorherige Nivellierung unterschiedlicher Voraussetzungen, flächendeckende Vermittlung inhaltlicher Maßgaben, rechtzeitige Sicherstellung der Ressourcen etc.).

Die aus einer lückenhaften Vorbereitung resultierenden Irritationen habe ich zum ersten Mal im Zusammenhang mit der (inzwischen weit zurückliegenden) Neueinführung des DaZ-Unterrichts (Deutsch als Zweitsprache) in allen Facetten miterlebt. Die wenigen mit entsprechenden Fachkenntnissen schnell zusätzlich ausgestatteten Lehrer wurden verpflichtet, ihr neues Wissen als Multiplikatoren weiterzugeben und zwar oft an Kollegen, die zu dem Fach Deutsch teilweise nur eine praktische oder gar keine Beziehung hatten. Jedenfalls erbrachten die Zusammenkünfte meistens kaum mehr als die Erkenntnis, dass die Experimentierphase noch immer andauerte. So waren wir schon froh, wenn wir uns gegenseitig wenigstens mit hier und dort zusammengeklauten Materialien versorgen konnten.

Zu den aktuelleren Neueinführungen gehört die Trainingsraum-Methode (überwiegend Trainingsraumkonzept genannt), die wiederum als Herzstück des Programms „Eigenverantwortliches Denken“ gelten kann. Bei diesem Ansatz geht es um einen störungsfreien Unterricht bzw. um einen Abbau von Disziplinproblemen. Zur Durchführung des Konzepts sind – neben einem Trainingsraum – ein stark standardisiertes ‚Überweisungsverfahren‘ sowie Trainingsraumbetreuer erforderlich, die sich unter den gegenwärtigen Bedingungen immer wieder abwechseln müssen.

Jede an diesem Konzept teilnehmende Klasse (die entsprechende Entscheidung fällt der Klassenlehrer) beschließt zunächst eine Klassenordnung, wobei der Unterschied zu den schon immer üblichen Klassenordnungen darin besteht, dass die Hauptregeln durch das Konzept bereits vorgegeben sind. Anschließend werden die Schüler verpflichtet, ihr Einverständnis mit der Durchführung des Trainingsraumkonzepts schriftlich zu dokumentieren.

Im Falle einer Unterrichtsstörung wird der betreffende Schüler gefragt, was er gerade getan (möglichst klare Benennung seines Fehlverhaltens) und gegen welche der Klassenregeln er damit verstoßen hat. Bei der ersten Störung kann der Schüler noch selbst entscheiden, ob er sein Verhalten umstellen und dadurch seinen Verbleib in der Klasse sichern will. Bei der zweiten Störung erfolgt eine automatische Überweisung in den Trainingsraum. Zur Information des sich im

Trainingsraum aufhaltenden Lehrers muss der Schüler außerdem einen zuvor ausgefüllten Schein mitnehmen und gegenzeichnen lassen. Nach Ankunft im Trainingsraum erhält der Schüler die Gelegenheit, über sein störendes Verhalten nachdenken und einen auf eigenen Ideen basierenden Rückkehrplan erarbeiten zu können.

Aus diesem Plan muss klar hervorgehen, auf welchen Wegen der Schüler das Ziel einer zukünftig störungsfreien Teilhabe am Unterricht erreichen will. Wenn der Lehrer, bei dem die Unterrichtsstörung erfolgt ist, den Plan nicht akzeptiert, bleibt der Schüler weiterhin vom Unterricht ausgeschlossen und muss sich erneut in den Trainingsraum begeben. (Anmerkung: Aus Gründen der Übersichtlichkeit ist die Darstellung des Konzepts stark verkürzt worden.)

Die Anwendung des Konzepts habe ich selbst in einer Berufsschule und damit in einer Schulform mit relativ geringen ‚Verweilzeiten‘ der Schüler erlebt. Ich betone diesen Umstand, weil ich vermute, dass in anderen Schulformen der Gewöhnungseffekt viel stärker zum Tragen kommt. Deswegen bleibe ich trotz aller Anfangserfolge hinsichtlich der Dauerwirkung des Konzepts skeptisch. Außerdem sind in der Praxis längst einfachere und dennoch relativ wirksame Methoden entwickelt worden. (Mein bester eigener Versuch: ‚Bergbesteigung‘.)

Im Falle des Trainingsraumkonzepts zeigte eine erste Auswertungsveranstaltung, dass z. B. hinsichtlich der täglichen Anwendungsdauer höchst unterschiedliche Auffassungen herrschten. Die einen gingen von einer ganztägigen Gültigkeit aus, während die anderen ca. 10minütige Phasen (mit entsprechender Ankündigung) pro Unterrichtseinheit für ausreichend hielten. Umstritten blieb auch, an wen sich ein zurückkehrender Schüler wenden konnte, wenn mittlerweile die mit einem anderen Lehrer besetzte Unterrichtseinheit angebrochen war. Als besonders kritisch erwiesen sich die Fälle mit den wöchentlich nur ein- oder zweimal anwesenden Lehrern.

Aber auch der Aufenthalt im Trainingsraum war nicht immer gesichert. So wurde von Schülern berichtet, die wegen aktueller -und deshalb nicht allseits bekannter- Vertretungserfordernisse keinen Lehrer im Trainingsraum angetroffen hatten. Die für etliche Teilnehmer der Auswertungsveranstaltung größte Überraschung bestand in dem Hinweis, dass nur die speziell für dieses Konzept ausgebildeten Lehrer zur Trainingsraumüberweisung berechtigt waren. (Ich möchte nicht wissen, was passiert, wenn die Schüler die unterschiedlichen Machtbefugnisse erst einmal durchschaut haben.)

Selbstschutzbedürfnis und schlechte Vorbereitung minimierten von Beginn an auch die Bereitschaft, sich auf neue Formen der Zusammenarbeit einzulassen. Damit meine ich den Einsatz von Integrationslehrern an allgemein bildenden Schulen, der – vor allem in der Anfangszeit – oft nicht als willkommene Entlastung empfunden wurde.

Die nicht an Teamarbeit gewöhnten Lehrer fühlten sich teilweise kontrolliert und/oder bevormundet. Außerdem war es schwer, den Sinn des Einsatzes zu vermitteln. Begriffe wie ‚zielgleich‘ und ‚zieldifferent‘ mussten mehrmals erläutert werden, um klarzustellen, dass es nicht bloß um eine Art Nachhilfeunterricht ging. („Mir würde es ja schon reichen, wenn er/sie auf eine 4 käme“.)

In einigen Fällen richtete sich die aus Missverständnissen resultierende Aggression gegen die Person des Integrationslehrers: „Wenn Sie nicht wären, gäbe es nicht diese schrecklichen Kinder an unserer Schule!“ Von den regelmäßigen Treffen mit anderen Integrationslehrern weiß ich, dass es mit der Akzeptanz seinerzeit mehr oder weniger überall schlecht bestellt war.

Nun muss man aber gerechterweise dazu sagen, dass die Integrationslehrer selbst zunächst nicht so genau wussten, welche Inhalte und Methoden am zweckdienlichsten waren. Umfassende vorherige Instruktionen hatte es nicht gegeben und eine schlichte Orientierung am Rahmenplan der Sonderschule für Lernbehinderte half z.B. auch nicht sonderlich viel weiter, wenn ein lernschwacher Schüler gleichzeitig verhaltensgestört war. (Natürlich kann eine Pionierphase auch Spaß machen und Kreativität freisetzen, ist aber als Standardeinstieg nicht zu empfehlen.)

Anscheinend ist nur wenig aus derartigen Erfahrungen gelernt worden, da andernfalls – gerade im Zusammenhang mit den aktuellen Förderansätzen – in den Kollegien nicht erneut das Gefühl umginge, wieder einmal überrumpelt worden zu sein. Außerdem hat sich in einigen Fällen bereits jetzt herausgestellt, dass Qualitätsmerkmale wie Kompatibilität und Effektivität nicht immer gegeben sind.

Ein Beispiel dafür, wie selbst ganz konkrete Hilfen für die darauf besonders angewiesenen Schüler ins Leere laufen können, ist der Berufswahlpass. Dabei handelt es sich um einen (selbst zu bezahlenden) Ordner, der Informationen und auszufüllende Kontrolllisten zu den einzelnen Schritten der Berufsfindung, Platz für die Aufbewahrung diesbezüglicher Dokumente sowie Tipps für die Anlage eines Lebensordners enthält. Ganz zweifellos haben Jugendliche, die ein systematisches Vorgehen überhaupt nicht kennen, eine solche Orientierungs- und Strukturierungshilfe bitter nötig. Aber wenn schon die Trennblätter nicht als solche erkennbar sind und die Textmenge einen nur noch abschreckenden Effekt ausübt, darf man sich nicht wundern, eines Tages einen völlig entkernten oder schon längst für andere Zwecke benutzten Berufswahlpass vorzufinden.

Ohne Anleitung eines Lehrers kommen auch weniger benachteiligte Schüler mit der korrekten Führung dieses speziellen Ordners nicht zurecht, so dass das wichtigste Berufsfindungsziel (selbstständiges Erkennen der eigenen Stärken und Schwächen) auf diese Weise kaum erreicht werden kann. Von dem Berufswahlpass profitieren hauptsächlich die Erwachsenen (abgebende und aufnehmende Lehrer sowie die in unterschiedlichen Einrichtungen tätigen Berufsberater), während die ohnehin frustrierten Jugendlichen nur ein weiteres Mal demonstriert bekommen haben, was sie alles nicht können.

Paradoxerweise gibt es in Deutschland eher zuviel als zu wenig Förderangebote. Eine andere Frage ist, ob diese auf ihr ‚Klientel‘ passend zugeschnitten sind, was ohne die bislang ausgebliebene systematische und flächendeckende Evaluation nicht sicher beurteilt werden kann. Die schon jetzt feststellbaren Merkmale fallen eher entmutigend aus, da die Angebote oft zu kurzlebig, zu verstreut und auf so viele Träger verteilt sind, dass eine vernünftige Vernetzung bis heute nicht zustande gekommen ist.

Das letztendliche Ziel aller Bildungs- und Förderangebote (einschließlich der sozial und kulturell ausgerichteten Angebote) muss darin bestehen, den Schülern eine befriedigende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Gerade in der heutigen Zeit ist dieses Bestreben – auch wenn es vielfach nicht so gesehen wird – fast gleichbedeutend mit einer realitätsnahen Vorbereitung auf das Erwerbsleben. Dem entsprechend hat mich nicht nur mein persönliches Interesse veranlasst, zur Illustration des bestehenden Überangebotes an Fördermaßnahmen Beispiele aus dem berufsvorbereitenden bzw. berufseingliedernden Bereich herauszusuchen:

- Bundesmodellprogramm „Arbeitsmarktbezogene Jugendsozialarbeit“ (mit so genannten ‚Kompetenzagenturen‘)
- Berufsbildungswerke (Erstausbildung von Jugendlichen)
- Berufsförderungswerke (Neuqualifizierung behinderter Erwachsener)
- Arbeit und Lernen (Jugendberufshilfeprojekt des Internationalen Bundes/IB)
- „Zeichen setzen! Integration macht Schule“ (Gemeinschaftsprojekt: Bahn (DB) und Stiftung der deutschen Wirtschaft mit finanzieller Unterstützung im Rahmen des europäischen Programms „XENOS – Leben und arbeiten in Vielfalt“)
- JUMP (Jugendsofortprogramm für Ausbildung und Beschäftigung der Bundesregierung)
- BQF: Berufliche Qualifizierung für Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf; Unterstützungsradius reicht von Berufsschulen bis zu nichtstaatlichen Produktionsschulen; Finanzierung: Europäischer Sozialfonds und Bundesministerium für Bildung
- Förderunterricht für Hauptschüler der 8. und 9. Klassen (Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen)
- Forum „Übergang Schule – Beruf“ der BAG UG (Bundesarbeitsgemeinschaft für Unterstützte Beschäftigung); Finanzierung: Europäischer Sozialfonds und Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
- KOALA (betriebsintegrierter Förderlehrgang und Vorläufer von „Sprungbrett“); Kooperationsprojekt: ISB Berlin und OTA (Ausbildungszentrum der Stiftung für Berufliche Bildung in Berlin-Lichtenberg); Förderung: Landesarbeitsämter Berlin-Brandenburg
- „Sprungbrett“ (Projekt für Schulen, Berufseinsteiger und Betriebe); Durchführung: ISB Berlin; Förderung: Europäischer Sozialfonds und Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport
- „Lehrstellenmotor“ (Angebot eines Berliner Unternehmervereins zur Zusammenarbeit mit Schulen); Ziel: frühzeitige Berufsorientierung
- „junge vhs & co“ (Kreativ- und Kompetenzprojekte in Zusammenarbeit von Jugendamt und Volkshochschule des Bezirks Tempelhof-Schöneberg)
- GFB: Gesellschaft zur Förderung der Berufsfortbildung (Akquisition von Lehrstellen und Organisation von Verbundausbildungen); Finanzierung: Bund und Berlin
- Informationsbörse „Möglichkeiten zur Teilhabe am Arbeitsleben in Berlin“; Durchführung: Lebenshilfe-Arbeitskreis „Schule und was dann?“ in Zusammenarbeit mit der „Aktion Mensch“
- Jugendhof Brandenburg (sozial-ökologische Modelleinrichtung mit Wohn-, Bildungs- und Therapiemöglichkeiten); Besonderheit: Hochseesegeln als erlebnispädagogisches Angebot

- LiLA (Zusammenschluss der in Berlin ansässigen gemeinnützigen Ausbildungsträger LiSA, LIFE und AKC); Ziele: Ausbildung, Qualifizierung und berufliche Orientierung für Frauen im Rahmen eines europäischen Projekts; Finanzierung: Europäischer Sozialfonds, Jugendamt, Agentur für Arbeit
- MüLe (Mütter lernen; Schulprojekt in Berlin-Lichtenrade); Ziel: nachträgliche Erlangung des erweiterten Hauptschulabschlusses für Frauen, die wegen ihrer Schwangerschaft die Schule abbrechen mussten; Durchführung: Evangelisches Jugend- und Förderwerk (EJF); Finanzierung: Arbeitsamt und Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen
- „Arbeit durch Management/Partnermodell“; Ziel: Finden eines Arbeitsplatzes durch Hilfe zur Selbsthilfe; Durchführung und Finanzierung: Arbeitsagentur Friedrichshain-Kreuzberg und Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz; Vorbild: ehrenamtliches Beratungsprojekt von Führungskräften für Flüchtlinge in Holland
- BBZ (Berufsbildungs- und Beschäftigungszentrum im hessischen Main-Kinzig-Kreis); Besonderheit: ganzheitlicher Hilfsansatz
- Jugendbeschäftigungsgesellschaft in Hessen; Ziel: Integration in die Arbeitswelt; Durchführung: Anleitung und Qualifikation durch Vertreter freier Träger
- FAuB (Fit für Ausbildung und Beruf); Ziel: Qualifizierung von Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss; Finanzierung: Landesregierung Hessen und Arbeitsamt
- STEP by STEP; Ziel: praxisorientierte Begleitung benachteiligter Jugendlicher auf dem Weg ins Arbeitsleben; Durchführung: Berufsbildungszentrum der Arbeiterwohlfahrt Düsseldorf; Finanzierung: AWO sowie Arbeits- und Schulamt
- JAFKA (Jugendhilfeverein für Aus- und Fortbildung in der Region Kassel und Umgebung); Finanzierung: örtliches Jugendamt (Mittel der Jugendberufshilfe), Arbeitsamt und eigene Einnahmen; enge Kooperation mit „Buntstift“ (siehe nächste Zeile)
- „Buntstift“ (selbst verwalteter Betrieb, der erst später als Jugendhilfeträger anerkannt worden ist); Ziel: Qualifizierung benachteiligter Jugendlicher für den 1. Arbeitsmarkt (wie JAFKA)
- BAJ (Verein zur beruflichen Ausbildung und Qualifizierung in Magdeburg); Ziel: Hilfe beim Einstieg junger Arbeitsloser ins Erwerbsleben; Finanzierung: Bundesbildungsministerium (40%), Bundesanstalt für Arbeit (50%), restliche Gelder: Europäischer Sozialfonds, Land Sachsen-Anhalt, Stadt Magdeburg
- „future“ (Projekt aus Stuttgart); Ziele: Verhinderung neuer Abbrüche, Berufsorientierung, überbetriebliche Ausbildung für schwer vermittelbare Jugendliche, Zusatzqualifikationen; Durchführung: Evangelische Gesellschaft (eva), Internationaler Bund (IB), Stuttgarter Arbeitshilfeträger „Neue Arbeit“; Finanzierung: Stadt Stuttgart, Arbeitsagentur, Diakonie, Europäischer Sozialfonds
- „Info-Nett“ (Projekt des Berufsförderungswerkes Hamburg); Ziel: Ausbildung zum Multimedia-Assistenten für von Arbeitslosigkeit bedrohte oder bereits arbeitslose Schwerbehinderte mit Schulen als gedachtem Einsatzort; Finanzierung: Mischung aus Senats- und Arbeitsamtsmitteln; Weiterfinanzierung: nach Ausbildung und 8monatigem Praktikum entscheiden Schulen über eine feste Übernahme

- PAS (Projekt für Menschen mit seelischer Beeinträchtigung oder Behinderung in Oldenburg); Ziel: stufenweise Rückführung in das Arbeitsleben; Finanzierung: Arbeitsagentur
- „Der andere Laden“ (Second-Hand-Geschäft für Kleider und Haushaltswaren des ASB Saarland); Ziel: 1 Jahr lang Beschäftigung in Voll- oder Teilzeitarbeit für Frauen in Verbindung mit einem Qualifizierungsprogramm; Durchführung: GSE (ASB-Weiterbildungsträger im Saarland); Finanzierung: Einlösung von Bildungsgutscheinen

Die vorgelegte Liste ist weder (auch nur annähernd) vollständig noch auf dem aktuellen Stand der Dinge. (Vor allem die Bezeichnung ‚Arbeitsamt‘ weist auf schon länger zurückliegende Gründungen hin.) Dennoch dürfte sie geeignet sein, einen Eindruck des bestehenden ‚Förderdschungels‘ zu vermitteln.

Wohlgemerkt: bislang ging es nur um den Bereich des Übertritts von der Schule in den Beruf. Tatsächlich könnte man für fast jeden Förderbereich (Beispiele: Lese-, Schreib- und Rechenschwächen, Sozialverhalten, Ernährung, Bewegung) eine lange Liste von Projekten und Maßnahmen zusammenstellen, die aus unterschiedlichen Quellen finanziert und wohl auch deshalb voneinander isoliert ins Leben gerufen werden.

Dieses ‚Leben‘ kann allerdings so kurz sein, dass eine soeben entdeckte Maßnahme zum nächstmöglichen Anmeldetermin schon gar nicht mehr existiert und – bestenfalls – einige Zeit später unter einem neuen Namen wieder auftaucht. So oder so ist das ‚Haltbarkeitsdatum‘ der von Lehrern oder anderen Personen mühsam zusammengetragenen Adressensammlungen meist schnell überschritten, weshalb die Sammeltätigkeit irgendwann auch eingestellt wird.

In der Praxis spielen neben Unübersichtlichkeit und Schnelllebigkeit auch noch andere unerfreuliche Faktoren eine Rolle. Beispielsweise sind in Berlin etliche Maßnahmen auf einen einzelnen Bezirk beschränkt, weshalb – vor allem wegen der unterschiedlichen Einzugsgebiete – insbesondere Berufsschullehrer immer wieder in die Trickkiste greifen müssen, um allen Schülern einer Klasse die Teilnahme an einem bestimmten Förderlehrgang zu ermöglichen. So kommt es im Falle gleich lautender Straßennamen zu wundersamen Veränderungen der Postleitzahlen oder auch zu Ummeldungen, nach denen Schüler X plötzlich bei der im ‚richtigen‘ Bezirk lebenden Oma untergebracht ist.

Nicht einmal die Zusammenarbeit mit den in der einen oder anderen Art für Kinder und Jugendliche zuständigen Behörden klappt so ohne weiteres. Vermutlich spielen hierbei unterschwellige Ängste (z. B. vor einer Kompetenzreduzierung) oder auch ein ganz anderes Aufgabenverständnis eine Rolle. Jedenfalls werde ich nie vergessen, wie mir die Mitarbeiterin eines Jugendamtes einmal (im Zusammenhang mit einem vermuteten sexuellen Missbrauch) zu verstehen gab: „Solange der Junge nicht grün und blau geschlagen worden ist, kann ich gar nichts machen!“

Konsequenterweise versucht eine ganze Reihe von Lehrern, den nur schwer zu bewältigenden Problemlagen zu entgehen, indem sie in innerschulischen Nischen verharren (z. B. ausschließliche Unterrichtung der unteren Schuljahrgänge mit immergleichen Partnern). Im Namen des – eigentlich nie existierenden – Schulfriedens finden sich viele Schulleitungen mit derartigen Dauerkonstellationen

ab. Alles in allem herrscht vielfach der Wunsch vor, einfach in Ruhe gelassen zu werden. Diese Einstellung wird umso verständlicher, je genauer man sich die alltägliche Belastung der Lehrer vor Augen führt.

Selbst unter den gegenwärtig leichtesten Bedingungen (d.h. in Klassen mit überwiegend deutschsprachigen und kaum auffälligen Schülern) geht es einem in diesem Land arbeitenden Lehrer – allen öffentlichen und teilweise auch behördlicherseits geschürten Vorurteilen zum Trotz - nicht besonders gut. Ganz allein steht er vor einer bis zu 30köpfigen Klasse, die er in einer vorgegebenen Zeit mit einem weitgehend vorgegebenen Lehrstoff vertraut machen soll und dabei immer wieder die Erfahrung macht, dass die erwünschten Ziele allenfalls lückenhaft verwirklicht werden können. Dabei wird erwartet, dass er mit Hilfe zusätzlich angebotener Unterrichtsmaterialien und –formen versucht, dem unterschiedlich hohen Lerntempo Rechnung zu tragen. (Nur zur Klarstellung: selbstverständlich sind die Lehrerinnen, die ohnehin die Hauptlast der ersten Schuljahre tragen, gedanklich immer miteinbezogen.)

Die erzielten Ergebnisse (Hausaufgaben, Tests und Klassenarbeiten) müssen korrigiert und - sei es zunächst auch nur in Form fröhlicher oder trauriger smilies – bewertet werden. Gleichzeitig ist der Lehrer verpflichtet, an Konferenzen unterschiedlichster Art (Klassen-, Fach-, Stufen-, Zeugnis- und Gesamtkonferenzen) teilzunehmen und diese ggf. zu protokollieren. Auch die Arbeit mit den Eltern darf nicht zu kurz kommen (Elternabende, Wahrnehmung von individuellen Gesprächsterminen, viele Telefonate mit Eltern und/oder Behörden, Hausbesuche).

Des Weiteren ist der Lehrer gehalten, an Fortbildungsveranstaltungen teilzunehmen und wenigstens dem Kollegium darüber Bericht zu erstatten. Zusätzlich muss jeder Lehrer mindestens ein Extra-Amt übernehmen (Fachbereichsleitung, Bibliotheksbetreuung, Medienverwaltung, Vertretung in schulinternen und schulexternen Gremien wie Schulkonferenz und Elternausschuss etc.). Die zeitaufwändige Betreuung von Referendaren (monate- oder jahrelange Hilfen bei Vor- und Nachbereitungen, Unterrichtsanalysen etc.) kann auch noch dazukommen.

Einen besonders dicken Brocken stellen die planerischen Arbeiten dar. Allgemeine Klassen- und spezielle Förderpläne sind Fach für Fach (und teilweise auch Schüler für Schüler) zu erstellen und anhand von - ebenfalls aufzuzeichnenden - Entwicklungsständen immer wieder neu zu justieren.

Für Sonderschullehrer gilt, dass sie auch noch zur Erstellung vieler Gutachten herangezogen werden können, von denen jedes einzelne, wenn es im geforderten Sinne als Kind-Umfeld-Analyse angelegt wird – zusammengenommen das Ergebnis einer mehrtägigen Arbeit repräsentiert (Durchführung und Auswertung von Tests, anamnestische Elterngespräche, Kontaktaufnahme mit Erzieher/innen, Sozialarbeitern oder Familienhelfern, Rücksprache mit Behörden etc.).

Die Aufzählungen dürften ausreichen, um zu illustrieren, dass ein Lehrer schon unter relativ ‚normalen‘ Bedingungen gut ausgelastet ist. Tatsächlich sind mittlerweile fast überall neue Belastungen hinzugekommen. Unter diesem Aspekt ist es vielleicht doch nicht so verwunderlich, dass die Lehrerschaft insgesamt nur verhalten auf die ansteigende Flut bildungspolitischer Vorstöße reagiert.

3.2 Personalpolitik

Der größte Motivationskiller überhaupt (d.h. nicht nur hinsichtlich des Förderwillens) ist der mit Lehrern vielfach gepflegte Umgang, der von einer Verniedlichung der bestehenden Probleme bis hin zur Missachtung persönlicher Belange reicht.

Bedenkenlos werden den Lehrern immer neue Aufgaben zugeschant, sobald ein bestimmtes Problem das öffentliche Bewusstsein erreicht hat (Beispiele: Medienerziehung, gesunde Ernährung). Dabei ist es in aller Regel schon schwer genug, das normale Pensum eines Schuljahres hinlänglich zu bewältigen.

Hinzu kommt die bislang nur selten diskutierte Tatsache, dass Lehrer so ziemlich alles unterrichten müssen, obwohl sich ihre fachliche Qualifikation üblicherweise auf zwei bis drei Schulfächer beschränkt. Längerfristige Vorbereitungen auf einen fachfremden Einsatz sind oft nicht möglich, weil am Ende eines Schuljahres – der behördlichen Umtrieblichkeit zum Trotz – meistens nicht sicher feststeht, wer wo wann welche Lücken nach den Sommerferien ausfüllen muss.

Und so kommt es gerade zu Beginn eines Schuljahres immer wieder vor, dass man als Lehrer reichlich ahnungslos einer fremden Klasse gegenübersteht, und die Schüler die daraus resultierende Unsicherheit zum Anlass nehmen, sich auf Kosten des Lehrers zu amüsieren. Die nachträgliche Aneignung eines Basiswissens verbessert die Situation auch nicht mehr entscheidend und hat außerdem eine Zeitverknappung hinsichtlich der Erledigung der anderen Aufgaben zur Folge.

Besonders unbeliebt und/oder gefürchtet sind die Vertretungsstunden, seitdem diese nicht mehr frei gestaltet werden dürfen, sondern den jeweiligen Stundenplaninhalten folgen müssen. Wie soll beispielsweise ein Lehrer, der nicht singen, keine Note lesen und kein Instrument spielen kann, den Schülern auf die Schnelle eine auch nur halbwegs akzeptable Musikstunde bieten können? (Die in vielen Schulen ausliegenden Vertretungsordner mit Unterrichtsbeispielen helfen in solchen Situationen nicht wirklich weiter.)

Im Übrigen gilt die allumfassende Verfügbarkeit auch für Sonderschullehrer, da diese in völliger Unabhängigkeit von ihren Fachrichtungen in allen Sonder-/Förderschulen eingesetzt werden können. (Beispiel: Auf Sprachbehinderungen spezialisierte Lehrer finden sich in Sonder-/Förderschulen für Körperbehinderte oder Blinde wieder.) Wegen der vielen Schüler mit Mehrfachbehinderungen ließe sich dieses Verfahren teilweise noch rechtfertigen, wenn nicht statistische Gründe an Stelle von pädagogischen Gründen hinter den Versetzungen bzw. Zuweisungen stünden.

Auch im Zusammenhang mit anderen Änderungen und Eingriffen werden Schüler und Lehrer so gut wie nie nach ihren Wünschen und Vorstellungen gefragt. Mit Ausnahme der jetzt mit größerer Machtfülle ausgestatteten oberen (und teilweise auch mittleren) Schulleitungsebenen sowie einiger Modellprojekte vollzieht sich Mitwirkung nach wie vor in einem äußerst überschaubaren Rahmen.

In diesem schon sehr merkwürdigen Teiluniversum, das noch nicht einmal nennenswerte Aufstiegchancen kennt, verbringen die meisten Lehrer ihre gesamte

Berufszeit. Damit ergeht es ihnen in gewisser Weise schlechter als den Schülern, deren schulische Aufenthaltszeit immerhin begrenzt und – im Falle der privilegierten Schüler – von vergleichsweise spannenden Aussichten begleitet ist. (Außenstehende können sich vermutlich gar nicht vorstellen, wie viele Lehrer allein deshalb regelmäßig an Gewinnspielen teilnehmen, weil sie keinen anderen aus ihrer gefühlten Misere herausführenden Weg zu erkennen vermögen.)

Die einzige echte Freiheit, die den Lehrern über Jahrzehnte hinweg zugestanden worden ist, besteht in der freien Wahl der Methoden bei der Gestaltung des Unterrichts. Doch selbst dieser kleine Spielraum ist mittlerweile gefährdet, seitdem sich Organisationen wie die Bertelsmann-Stiftung immer mehr in das Geschehen einmischen. (Das stiftungseigene „Centrum für Hochschulforschung“ wird schon als ‚heimliches Bundesbildungsministerium‘ bezeichnet.) So orientierte sich der NRW-Großversuch „Selbstständige Schule“ ausschließlich an den von Heinz Klippert entwickelten ‚Werkzeugen‘. (Bezeichnenderweise hat man sich trotz anfänglicher Euphorie später dann doch von dem schematischen Methoden-Konzept emanzipiert. Interessant ist auch, dass sich nach dem jetzigen Stand der Erkenntnisse der Erfolg des Großversuchs zwar hinsichtlich einer verbesserten Zusammenarbeit und einiger anderer Bereiche, aber kaum in einer messbaren Steigerung der Schulleistungen niederschlagen wird.)

Um das Maß der berufsbedingten Frustrationen voll zu machen, dürfen sich erkennbar faule Lehrer so gut wie alles leisten, ohne einen Rauschmiss befürchten zu müssen. Mit dieser Feststellung spreche ich erneut die sog. ‚Wanderpokale‘ an, bei denen es sich um Lehrer handelt, die man nur durch Wegloben von einer Schule zur anderen loswerden kann. Im Falle einer Beschränkung auf solche Fälle könnte man das neue Instrumentarium (d.h. Übertragung schulaufsichtlicher Funktionen auf die Schulleiter/innen) als sinnvoll bezeichnen.

Stattdessen sind die meisten Kollegen davon überzeugt, dass die neu installierte Zuständigkeit eher ein nach dem Prinzip „Teile und herrsche!“ funktionierendes Machtinstrument ist, das im Laufe der Zeit zu einer dauerhaften Zerstörung des ohnehin immer anfälligen Schulfriedens führen wird. Schließlich geht es jetzt nicht länger nur um mehr oder weniger regelmäßige Hospitationen mit anschließenden Beurteilungen und Empfehlungen, sondern – in Verbindung damit – auch um die Entscheidung, ob ein Lehrer gehaltsmäßig höher oder niedriger eingestuft wird.

Meines Wissens wird mit der letztgenannten Konsequenz noch sehr zurückhaltend umgegangen. Dennoch ist schon jetzt ein erheblicher zusätzlicher Schaden angerichtet worden. So haben einige der normalerweise sehr engagierten Lehrer von einer Stunde zur anderen beschlossen, nur noch das Allernotwendigste zu tun, nachdem sie von der eigenen Schulleitung unter Ausblendung aller sonstigen Aktivitäten vernichtend beurteilt worden sind.

Natürlich muss es nicht immer so ungerecht zugehen und es wird auch Lehrer geben, die mit diesem System ganz gut leben können. Trotzdem bleibt festzuhalten, dass unter den genannten Umständen einige der schlechtesten menschlichen Neigungen (Anbiederei, Duckmäusertum etc.) und Verhaltensweisen (Intrigen, Mobbing, Verleumdungen etc.) hervorgerufen oder verstärkt werden.

In Berufsschulen sind auch die Fachbereichsleiterstellen aufgewertet worden (höheres Gehalt und weitaus mehr Mitspracherechte). Obwohl sich das Klima dadurch nicht schlagartig verschlechtert hat, fallen inzwischen doch schon Bemerkungen wie: „Warum soll ich mir noch ein Bein ausreißen, wenn andere dafür bezahlt werden?“ Sauer stoßen auch die Fortbildungsveranstaltungen der Fachbereichsleiter auf, wenn diese – was gar nicht so selten vorkommt und den meisten Fachbereichsleitern auch nicht gefällt – während der Unterrichtszeit absolviert werden müssen. Schließlich hat dieses Vorgehen etliche eigentlich unnötige Vertretungsstunden zur Folge.

Auch andere der im Namen der neuen Schulgesetze angestoßenen Entwicklungen erfüllen – zumindest bislang – die mit ihnen verknüpften Erwartungen nicht oder nur partiell. So wirkt es sich vielfach eher kontraproduktiv aus, dass die Zahl der Gesamtkonferenzen deutlich abgenommen und dafür die Zahl der mit speziellen Fragen befassten Konferenzen deutlich zugenommen hat. Auf diese Weise geht das Gefühl einer schulischen Zusammengehörigkeit so allmählich ganz verloren und für die Erörterung interessanter Vorschläge unter Einbeziehung des gesamten Kollegiums bleibt so gut wie keine Zeit mehr, weil die wenigen noch verbliebenen Gesamtkonferenzen mit Tagesordnungspunkten nur so voll gestopft sind. (Im Übrigen werden bei den vielen Konferenzen so viele voneinander unabhängige Beschlüsse gefasst, dass diese trotz Protokollierung nicht allgemein präsent sind und/oder versickern.)

Und doch gibt es einen Punkt, in dem sich so gut wie alle Lehrer einig sind, obwohl dies ganz gewiss nicht im Sinne der Erfinder sein dürfte. Damit meine ich die Einführung der Evaluation von Schulen, mit deren Hilfe überprüft werden soll, wie gut die jeweils unter die Lupe genommene Schule ihre im Schulprogramm dargelegten Ziele tatsächlich umsetzt.

Die Schulprogramme selbst sind meistens in höchster Uneinigkeit entstanden, da zu viele Auffassungen über Sinn und Zweck pädagogischen Handelns unter einen Hut gebracht werden mussten. Unter dem Eindruck der immer knapper werdenden Zeit sind viele Schulprogramme schließlich von Schulleiter/innen oder einzelnen Kollegen/Kolleginnen verfasst worden und haben damit schon ihr erstes Ziel (interkollegiale Verständigung) verfehlt.

Dessen ungeachtet herrschte von Anfang an Einigkeit darüber, dass – wie schon in den Zeiten der operationalisierten Lernziele entdeckt worden ist – nur ganz konkrete Sachverhalte angemessen überprüft werden können (z.B. Häufigkeit der Ausflüge, Anzahl der geschriebenen Klassenarbeiten bzw. Tests etc.). Nicht überprüfbar sind Fragen wie: Sind Schüler vom Wunder des Lebens angerührt worden, wenn sie in der Lage sind, photosynthetische Vorgänge korrekt darstellen zu können? Desgleichen ist nicht erkennbar, ob sich ein Schüler verweigert, weil er zu wenig weiß oder weil er noch unter dem Eindruck eines familiären Streits steht.

Für die Ablehnung der Evaluationspraxis vielleicht noch entscheidender ist die aus Unerfahrenheit resultierende Angst vieler deutscher Lehrer vor zusätzlich anwesenden Personen. Auf jeden Fall wird die Zusammensetzung der Evaluationsgruppen kritisiert, da diese teilweise aus Mitgliedern bestehen, die über lange Jahre hinweg nur noch relativ selten (über die eigenen Kinder) oder gar nicht mehr mit der Institution Schule in Berührung gekommen sind. Aber selbst die mit

Bildungsfragen beruflich befassten Mitglieder werden häufig als realitätsfern wahrgenommen und somit auch nicht gerade als kompetent eingestuft.

Wie dem auch sei: es ist schon bezeichnend, dass der bei Lehrern sonst nur schwer zu erzielende Solidarisierungseffekt aus der vehementen Ablehnung eines im schulpolitischen Alleingang durchgesetzten Verbesserungsversuches resultiert. (Das Ganze erinnert mich ein bisschen an die üblicherweise verfeindeten Unterschichtcliquen, die sich beim Auftauchen der Polizei sofort miteinander verbünden.)

Zeitgleich mit bestimmten Neueinführungen ist immer weniger Wert auf die Qualität von Ausbildungsabschlüssen gelegt worden. Zumindest in Berlin hat man sich eine geradezu abenteuerliche Lösung für das eingesparte Reinigungs- und Instandhaltungspersonal einfallen lassen. Da man die im öffentlichen Dienst stehenden Kräfte nicht einfach so entlassen konnte, wurde für die Betroffenen ein Stellenpool geschaffen, aus dem – und jetzt kommt es! – dringend benötigte Schulhelfer mit teilweise pädagogischen Aufgaben rekrutiert und in dieser neuen Funktion an die Schulen zurückgeschickt worden sind.

Um nicht missverstanden zu werden: gerade bei dem zum technischen Personal gehörenden Menschen gibt es viele, die ein natürliches Talent für den angemessenen Umgang mit schwierigsten Kindern haben, aber es kann doch nicht sein, dass man einerseits Schulen im Dreck versinken lässt, während andererseits fertig ausgebildete pädagogische Fachkräfte vor der Tür stehen.

Sehr fragwürdig ist auch der Einsatz der sog. Ein-Euro-Jobber. Wie schon bei den ABM-Kräften besteht das Hauptproblem in der viel zu kurzen Anwesenheit (von 6 bis maximal 9 Monaten) der unter rein formalen Gesichtspunkten zugewiesenen Teilzeitarbeiter. Allen gegenteiligen Versicherungen zum Trotz ist es in der Praxis zwangsläufig zur Übernahme pädagogischer Aufgaben gekommen und sei es auch nur deshalb, weil an manchen Tagen der krankheitsbedingte Vertretungsbedarf hoch geschneit ist. (In diesem Zusammenhang sollte auch einmal zur Sprache kommen, dass die Lehrer permanent einem erhöhten Ansteckungsrisiko ausgesetzt sind. Das führt zwar irgendwann zu einer ziemlich umfassenden Resistenz, aber bis dahin kann es lange dauern.)

Von den Lehrern wird wie selbstverständlich erwartet, dass sie die Ein-Euro-Jobber einweisen und deren Fehler ggf. so rasch wie möglich ausbügeln. Da vorherige Eignungstests nicht durchgeführt werden, ist es reine Glückssache, ob die zuvor jahrelang arbeitslosen Hartz-IV-Empfänger mit dem Herzen bei der Sache sind oder nicht. Neben hoch motivierten und arbeitswilligen Ein-Euro-Jobbern gibt es eben auch solche, die wegen ihres Desinteresses nur zusätzliche Arbeit verursachen.

Auch andere Dinge werden wie selbstverständlich von den Lehrern erwartet oder doch zumindest sehr billigend in Kauf genommen. So kenne ich persönlich kaum einen Lehrer, der nicht bereit wäre, dringend benötigte Schulmaterialien aus eigener Tasche zu finanzieren, wenn die (staatlich unterstützten) Eltern es nicht auf die Reihe bekommen, die zu Beginn eines Schuljahres ausgegebenen Materiallisten rechtzeitig in den hierfür zuständigen Ämtern vorzulegen.

In den meisten Fällen reichen die privaten Zuschüsse bis hin zur (Teil-)Finanzierung einer Klassenfahrt. Dabei ist allein schon die Bereitschaft zur Durchführung einer Klassenfahrt aller Ehren wert, da es immer mehr verhaltensgestörte Schüler gibt und die einem Lehrer entstehenden Kosten schon seit Jahren nicht mehr erstattet werden.

Nun könnte man es beschämend finden, dass etliche Lehrer auch aus dem letztgenannten Grund keine Klassenfahrten mehr durchführen. Tatsächlich geht es um ganz andere Überlegungen. Die Lehrer fühlen sich düpiert, weil ihr täglich 18- bis 20stündiger Einsatz während einer Klassenfahrt nicht einmal mehr symbolisch honoriert wird.

Hinzu kommt, dass über viele Jahre hinweg Neueinstellungen nur sehr spärlich erfolgt sind. Deshalb gibt es mittlerweile viele Schulen, in denen eine riesige Lücke zwischen den jungen und den alten Kollegen klafft. Um auf die Klassenfahrten zurückzukommen: jüngere Kollegen fühlen sich häufiger noch überfordert, während sich ältere Kollegen die Strapazen einer Klassenfahrt nicht mehr antun mögen. (Wenn man bedenkt, wie wichtig Klassenfahrten für das soziale Lernen sind, wird die tatsächliche Größe dieses oft übersehenen Problems deutlich.)

Wie sich denken lässt, bringt die Kluft zwischen den Generationen noch weitaus schwerwiegendere Folgen mit sich. Unterschiedlich geprägte Grundüberzeugungen und Erwartungshaltungen führen zu einem latenten Misstrauen, das die Zusammenarbeit erschwert. Während die einen noch voller Feuer sind, wissen die anderen längst, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen allenfalls Minimalziele erreicht werden können.

Hinsichtlich des Alters brachte die Wiedervereinigung, von der Berlin am direktesten profitieren konnte, eine Art Überbrückung mit sich. Aber schon bald stellte sich heraus, dass dieser Zustrom ganz neue Gräben aufriß. Plötzlich mussten die zuvor (in der DDR) mit viel Respekt bedachten Lehrer mit einem völlig anderen gesellschaftlichen Ansehen fertig werden. In der alltäglichen Praxis waren es die höchst unterschiedlichen Unterrichtsstile, die es zu überwinden galt. (In diesem Zusammenhang kann ich es mir nicht verkneifen, auf die Unsinnigkeit des beliebten 68er-Arguments hinzuweisen: wenn die immer größer werdenden Disziplinprobleme tatsächlich ein Produkt emanzipatorischer Erziehungsstile wären, dürfte es keine aus der ehemaligen DDR kommenden verhaltensgestörten Schüler geben. In Wirklichkeit hat sich diese Entwicklung parallel zum wirtschaftlichen Niedergang der vom Arbeitsmarkt verdrängten Familien vollzogen.)

Natürlich war auch die unterschiedliche Bezahlung nicht gerade förderlich für ein gedeihliches Miteinander. Dabei sollte allerdings nicht vergessen werden, dass es – für Außenstehende sicherlich überraschend – gerade im Westen schon immer mit Besoldungsfragen zusammenhängende Probleme gab. Da ich selber über eine ganze Reihe diesbezüglicher Erfahrungen verfüge, reicht es aus, wenn ich mich auf deren Darstellung beschränke:

Nach meinem Wiedereintritt in den Schuldienst (1993) wurde ich in Berlin erstmals mit einem föderalen Stolperstein konfrontiert. Man teilte mir mit, dass mein in Niedersachsen abgeschlossenes Sonderschulstudium nicht anerkannt werde, weil in der zu meiner Zeit gültigen niedersächsischen Ausbildungsordnung nur ein

sonderpädagogisches Hauptfach vorgesehen gewesen sei. Grundsätzlich konnte ich diese Begründung nachvollziehen, war aber dann doch geschockt, als ich erfuhr, dass es in Berlin ausreichte, zwei Nichtkorrekturfächer im Grundschulbereich (z.B. Sport und Religion) nachweisen zu können, um die in Niedersachsen übliche Bezahlung eines Sonderschullehrers (A13) zu erhalten.

Obwohl ich von Anfang an (was ich eigentlich recht gut fand) als Integrationslehrerin mit allen sonderpädagogischen Pflichten (u. a. Erstellung von Gutachten) eingesetzt worden bin, wurde ich wie eine Grundschullehrerin mit nur einem Fach bezahlt. Außerdem hat man mir behördlicherseits lange Zeit weisgemacht, dass ich für die Anerkennung als Sonderschullehrerin noch einmal ein komplettes Sonderschulstudium absolvieren müsste. Nachdem ich mich immer weiter ‚hoch gefragt‘ hatte, erhielt ich endlich die korrekte Auskunft, dass ein sonderpädagogisches Zusatzstudium für den Nachweis eines zweiten Hauptfaches ausreicht.

Als auch diese Hürde geschafft war, erfuhr ich, dass es in Berlin eine erneute Haushaltssperre gab. In dieser Situation hatte ich allerdings Glück im Unglück, da mich mein damaliger Sachbearbeiter aus eigenem Antrieb über das vorläufige Ende der Haushaltssperre informierte, so dass ich endlich die entsprechenden Schritte in die Wege leiten konnte. (Von Nachzahlungen für die vielen dazwischen liegenden Monate war allerdings nie die Rede.)

Ziemlich unerfreulich war auch, dass die Integrationslehrer immer zu den Bedingungen der ‚Einsatzschule‘ arbeiten mussten, was faktisch auf eine erhöhte Stundenzahl und damit wieder auf eine Reduzierung des Gehalts hinauslief. (Seit einigen Jahren bin ich integrativ an einer Berufsschule tätig und hätte somit erstmalig von einer geringeren Stundenzahl mit der entsprechenden Gehaltsaufwertung profitieren können. Da ich aber eine ‚richtige‘ Abordnung abgelehnt habe, um den geistig behinderten Schülern meiner ‚Stammsschule‘ durch meine zeitweilige Präsenz die – mehrheitlich als ungeeignet empfundene - Möglichkeit einer Aufnahme in die Berufsschule zu erhalten, musste ich die Schlechterstellung erneut in Kauf nehmen.)

So nach und nach wurden auch bei mir die gesundheitlichen Probleme immer größer, weshalb ich mich gegen Ende der 90iger Jahre zu einem Umstieg auf Teilzeitarbeit entschloss. Mein Plan war, nach zwei Jahren Teilzeitarbeit einen Antrag auf Altersteilzeit zu stellen, doch dann fühlte ich mich plötzlich so kaputt, dass ich als Sofortmaßnahme ein unbezahltes Beurlaubungsjahr in Anspruch nahm. Wegen des kompletten Wegfalls der finanziellen Versorgung (Gehalt und Beihilfe) habe ich mich während dieser Zeit nicht getraut, zu einem Facharzt zu gehen, obwohl sich einige Symptome sogar verschlimmert hatten.

Zu meinem großen – bis heute anhaltenden – Leidwesen ist mir seinerzeit fälschlicherweise versichert worden, dass hinsichtlich der Altersteilzeit das Beurlaubungsjahr nicht zu den beiden schon durchgeführten Teilzeitjahren hinzugerechnet wird. (Altersteilzeit wurde nur dann gewährt, wenn der davor liegende 5-Jahreszeitraum nicht mehr als zwei Teilzeitjahre umfasste.) Um es kurz zu machen: unter Hinweis auf das Beurlaubungsjahr wurde mein Antrag auf Altersteilzeit abgelehnt, woran meine Klage vor dem Verwaltungsgericht auch nichts mehr ändern konnte. (Der damalige Verwaltungsrichter hat zwar der Vertreterin der Senatsverwaltung die Leviten gelesen, musste aber letzten Endes die formale

Richtigkeit bestätigen, da ich mir die anders lautende Auskunft nicht hatte schriftlich geben lassen.)

Behördliche Hilfe in der einen oder anderen Form ist mir bis heute nicht zuteil geworden, obwohl ich sowohl schriftlich als auch mündlich mehrfach darum gebeten habe. Anlässlich meines letzten telefonischen Versuches erfuhr ich dann endlich, dass in meinem Fall zu geringe Fehlzeiten vorlägen. Auch wenn es jetzt reichlich dramatisch und zugleich naiv klingt: für mich brach mit dieser – vielleicht sogar verständnisvoll gemeinten – Erklärung eine Welt zusammen. Provozierend gefragt: Sieht so (keine Fehlzeiten = keine Erleichterung) die Wertschätzung der Lehrer aus?!

Sehr skurril verlief auch die Geschichte meiner Verbeamtung, die einige Jahre nach meinem Wiedereintritt in den Schuldienst stattfand. Aus Kostengründen (Wegfall der Rentenbeiträge) fiel es dem Land Berlin ziemlich plötzlich ein, vielen angestellten Lehrern die Verbeamtung in Aussicht zu stellen. Ohne das Einverständnis der von dieser Botschaft überraschten Lehrer einzuholen, wurde die Zahlung der Arbeitgeberanteile sofort eingestellt.

Anfänglich erwies sich dieser Schritt als durchaus angenehm, weil sich das Nettogehalt durch die Auszahlung der Arbeitnehmerbeiträge sprunghaft erhöhte. Doch schon bald stellte sich heraus, dass die tatsächlichen Verbeamtungen sehr auf sich warten ließen. Einige Lehrer (darunter auch ich) erhielten zudem die Nachricht, mittlerweile zu alt für eine Verbeamtung zu sein. Daraufhin beantragte ich eine Wiederaufnahme in die VBL (Versicherung des Bundes und der Länder) und erfuhr, dass ich definitiv als Beamtin gemeldet worden sei und die VBL-Satzung keine nachträgliche Aufhebung vorsähe.

Somit stand ich vor folgender Perspektive: mit Ausnahme der ersten Jahre keine Aussicht auf Pensionszahlungen und keine Aussicht auf VBL-Ausgleichszahlungen. (Dass mir letztendlich die Verbeamtung doch noch gelungen ist, verdanke ich wiederum dem bereits erwähnten Sachbearbeiter. Ich betone diesen Umstand auch deshalb, weil alle späteren Sachbearbeiter/innen niemals über eine reine Pflichterfüllung hinausgegangen sind.) Im Übrigen sind mir meine VBL-Beiträge schon in dem Moment verloren gegangen, als mich das Land Berlin ohne mein Wissen bzw. ohne meine Zustimmung als Beamtin angemeldet hat, da ich zu diesem Zeitpunkt noch unter dem Mindestbeitragszeitraum von 5 Jahren lag.

Nun kann man natürlich beschwichtigend feststellen, dass ich wegen meiner ‚gebrochenen‘ und für den Lehrerberuf noch immer untypischen Berufsbiografie ungewöhnlich viel Pech gehabt habe. Es wäre allerdings fatal, wenn dabei übersehen würde, dass so gut wie jeder Lehrer wenigstens die eine oder andere Erfahrung mit mir teilt. (Nur der Vollständigkeit halber sei auch noch erwähnt, dass die zwischen den Gehaltsstufen liegenden Zeiträume weitgehend unbemerkt drastisch verlängert worden sind.)

Das gemeinsame Element aller negativen Erfahrungen besteht in dem unwürdigen Umgang mit Personen, die eine der gesellschaftlich verantwortungsvollsten Aufgaben übernommen haben. Die vielfach erlebten Kränkungen führen zwangsläufig zu einem Motivationsverlust oder – im fortgeschrittenen Stadium – zu dauerhaften Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit.

Die neuerdings vorliegenden Angebote zur Gesundheitsprophylaxe sind äußerst unzureichend und kommen für die älteren Kollegen sowieso zu spät, während die früher existierenden Erleichterungen schon seit geraumer Zeit gnadenlos zusammengestrichen worden sind. Als Beispiele nenne ich den Wegfall der Altersermäßigungsstunden und die für behinderte Kollegen bedeutsame Heraufsetzung der Anspruchsgrenze. Danach bekommen Lehrer eine Stundenermäßigung erst ab einer 50%igen Behinderung zugestanden, während zuvor noch 30% ausreichten.

Gleichzeitig ist das Vorgehen des zuständigen Landesversorgungsamtes immer rigider geworden. Verallgemeinernd könnte man sagen, dass für immer mehr Behinderungen immer weniger Prozentpunkte anerkannt werden. So ist mir der Fall eines halbseitig gelähmten Patienten bekannt, dem gerade mal eine 30%ige Behinderung zugesprochen worden ist. Mit dieser Einstufung würde er in einer Schule als voll arbeitsfähig gelten.

Eine in meinen Augen besonders bedenkliche Folge ergibt sich aus der unbeeindruckt hingenommenen Erschütterung grundlegender Überzeugungen. Meine diesbezügliche Einlassung ist jedenfalls nie beantwortet worden: „Es kann doch nicht sein, dass ausgerechnet diejenigen Beamten, die ihren Beruf besonders gewissenhaft ausüben bzw. ausgeübt haben, bei der Bewältigung der dadurch entstandenen gesundheitlichen Probleme kaum oder gar nicht mit staatlichen Unterstützungsleistungen rechnen dürfen. ... Wenn es zu einer Werteverchiebung schon auf behördlicher Ebene kommen sollte, ergäbe sich für die davon Betroffenen die dann nicht mehr hypothetische und zugleich schwer zu beantwortende Frage, wie sie angesichts eigener schlechter Erfahrungen den nachfolgenden Generationen mit innerer Überzeugung eine Einsicht in die Notwendigkeit bestimmter Grundwerte wie Pflicht- und Verantwortungsbewusstsein vermitteln können.“

In einer Zeit, in der sich die Erosion der Werte ohnehin galoppierend vollzieht (Stichworte: Zahlung üppiger Gehälter, Gratifikationen und Pensionen an Manager, die ganze Firmen in den Sand gesetzt haben, Zunahme von Korruption und Bestechlichkeit, weit verbreitete Einnahme von Mitteln zur künstlichen Leistungssteigerung, steuerliche Unterschlagungen im großen Stil, zynischer Umgang mit menschlichen Problemen), kommt es mehr denn je auf eine Rückbesinnung an. Vor allem im Hinblick auf die benachteiligten Schüler, die nur noch dann eine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben, wenn sie sich ein sozialverträgliches Wertesystem aneignen konnten, ist eine bewusste Gegensteuerung unerlässlich.

Mit der Einführung des Ethikunterrichts ist in Berlin der entsprechende Weg ja auch schon eingeschlagen worden. Nach dem heutigen Stand der Dinge besteht allerdings die Gefahr, dass dieser an sich begrüßenswerte Vorstoß nicht in wertschätzende Maßnahmen für Schüler und Lehrer eingebettet sein wird. Aber selbst unter den günstigsten Bedingungen bleibt immer noch die Frage, ob die in der Schule verbrachte Zeit für eine erfolgreiche Gegensteuerung wirklich ausreicht. Schließlich sind die Schüler oft immer noch für den längeren Teil des Tages (und erst recht an den Wochenenden und in den Ferien) permanent von realen oder medial vermittelten ‚Werteräubern‘ umgeben. Wenn wir jetzt nicht ganz gewaltig aufpassen, werden wir schon bald ziemlich ‚wert-lose‘ Generationen in die Welt entlassen.

4. Schlussfolgerungen

4.1 Erkenntnisse

Fasst man die Beobachtungen und Untersuchungsergebnisse (Kapitel 2.1 und 2.2) nach Milieus zusammen, ergibt sich folgendes Bild: deutsche Unterschichtkinder sind in ihrer Entwicklung viel gefährdeter als nichtdeutsche Unterschichtkinder. Um nur einige zusätzliche Risikofaktoren zu nennen: häufigere Missbildungen, emotionale Vernachlässigung, Mangel an Bezugspersonen, drakonische Strafen, Missbrauch, schlechte Ernährung.

Die ebenfalls festgestellten Übereinstimmungen beider Milieus (kognitive Vernachlässigung, räumliche Enge, Lärm, anregungsarmes Spielzeug, Medienkonsum) liefern keine ausreichende Erklärung für die im Laufe der Schulzeit immer stärker werdende Angleichung der selbstzerstörerischen Reaktionsmuster. Mithin muss innerhalb der Schulen etwas falsch laufen, wenn auch die mit besseren Startbedingungen ausgestatteten Kinder und Jugendlichen (teilweise einschließlich der aus oberen gesellschaftlichen Schichten stammenden Schüler) oft nicht in der Lage sind, ihre Potentiale voll auszuschöpfen und stattdessen destruktive Verhaltensweisen entwickeln. (Die gerade bei Mädchen zu beobachtenden Formen extremer Zurückgezogenheit beschädigen zwar nicht die Umwelt, aber das eigene Ich.)

Die innerschulischen Versäumnisse ergeben sich aus einer zu geringen Beachtung der Hintergrundsituation. Um zunächst beim Beispiel der ausländischen Schüler zu bleiben: Man glaubt, ihnen Gutes zu tun, indem man früher und intensiver als zuvor versucht, ihnen deutsche Sprachkenntnisse zu vermitteln. Zwar ist dieser Ansatz auch nicht falsch, geht aber an den tiefer empfundenen Problemen völlig vorbei. (Dies gilt in ganz besonderem Maße für die in traditionsbewussten Migrantenfamilien lebenden Jungen, deren erster Schock nicht sprachlicher Natur, sondern eine Folge der Erfahrung ist, dass sie von dem – anfänglich überwiegend weiblichen – Erziehungs- und Bildungspersonal weder vergöttert noch bedient werden.)

Da Schule in ihrer jetzigen Form nicht auf Hilfe zur Überwindung von Identitätskrisen eingestellt ist, sind die in ihrem Selbstverständnis erschütterten Jungen ganz auf sich allein gestellt. In ihrer Not treiben viele von ihnen das ‚Macho-Gehabe‘ auf die Spitze und benehmen sich damit ganz ähnlich wie die aus deutschen Unterschichtfamilien stammenden Kinder und Jugendlichen, die sich ebenfalls auf der – in der Regel erfolglosen – Suche nach Halt und Orientierung befinden.

Auch die vielen anderen mitgeschleppten Probleme können z. Zt. nicht in und von der Schule aufgefangen werden, aber nicht überall wird der Mangel an innerschulischer Betreuung als Nachteil gesehen. Hinter dieser – selbst von etlichen Lehrern – eingenommenen Haltung steht die alte Grundüberzeugung, dass Eltern für die Erziehung und Lehrer für den Unterricht zuständig sind.

Eine solche Position, die mehr oder weniger offen auch von vielen Bildungspolitikern geteilt wird, ist angesichts der heutigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nicht mehr haltbar. Anders herum ausgedrückt: sollte dennoch am

überkommenen Trennungsmodell (hier Erziehung – dort Unterricht) festgehalten werden, dürfen wir uns nicht wundern, wenn wir eines Tages gar nicht mehr aus eigener Kraft auf die Herausforderungen einer globalisierten Welt reagieren können.

Allen denen, die die PISA-Studie gründlich (nämlich als eine Art Plädoyer für eine Fortsetzung der Schülerselektion mit noch strikterer Leistungsfixierung) missverstanden haben, sei gesagt, dass wir auf diesem Weg allenfalls die Zahl der demotivierten und/oder kranken Schüler und Lehrer steigern werden. Wie kurzsichtig ein rein leistungsbezogenes Denken und Handeln ist, lässt sich immer wieder an den aus unbehandelten (Erziehungs)-defiziten resultierenden Folgekosten ablesen: Ausgaben für Gerichtsverfahren, Gefängnisaufenthalte, Heimunterbringung, Resozialisierungsmaßnahmen, Krankenhausaufenthalte, Entzugstherapien und andere ‚Reparaturleistungen‘.

Wenn wir die schon längst in Gang gekommene Talfahrt noch aufhalten wollen, müssen wir einerseits eine inhaltliche Neuausrichtung vornehmen und andererseits die derzeitigen Bildungsausgaben erhöhen (inerschulisch: Räume, Ausstattungen und Personal). Durch sinnvolle Umschichtungen (Finanzierung zusätzlicher Erziehungsleistungen zur Reduzierung der Folgekosten sowie Konzentration des ‚Fördermarktes‘) ließe sich die Ausgabenerhöhung durchaus in Grenzen halten.

Vor allem für die benachteiligten Schüler gilt, dass sie zunächst **förderfähig** gemacht werden müssen. Nach dem Motto ‚erst heilen – dann fördern‘ muss sich die (Vor) Schule an der Bewältigung der häuslicherseits entstandenen Ursachen (geistige und körperliche Behinderungen, emotionale und kognitive Vernachlässigung, Traumata, Erziehungs- und Versorgungsdefizite) beteiligen. Neben den bereits erwähnten Problemen (Identitätskrisen und Orientierungslosigkeit) geht es dabei um Symptome wie:

- Verhaltensstörungen
- Drogenmissbrauch
- (Auto)Aggression
- Verlust- und Versagensängste
- mangelndes Verantwortungs- und Pflichtbewusstsein
- Interessen-, Ziel- und Perspektivlosigkeit
- fehlende Lernvoraussetzungen (z.B. Konzentrations- und Ausdauer-mangel)
- Empfindungsunfähigkeit / Mangel an Empathie
- Bindungsunfähigkeit
- Mangel an Selbstdisziplin, Selbstbeherrschung und Selbstkritik
- Mangel an Respekt und Höflichkeit
- Unfähigkeit zur Einschätzung von Folgen
- Unkenntnis gesellschaftlicher Umgangsformen
- unausgebildetes Schönheitsempfinden
- Unfähigkeit zum Bedürfnisaufschub
- Unzuverlässigkeit
- Realitätsverlust
- mediales Suchtverhalten / Mangel an realen Vorbildern
- Flucht in Vermeidungsstrategien
- destruktive Kreativität
- Unfähigkeit zur Strukturierung von (Arbeits)Abläufen

Erfahrungsgemäß ist der entsprechende Nachholbedarf bei den benachteiligten Kindern und Jugendlichen am größten, aber die Verschärfungen auf dem Arbeitsmarkt (einerseits mehr Arbeitslose und andererseits immer belastendere Arbeitsbedingungen für diejenigen, die noch in Lohn und Brot stehen) haben es mit sich gebracht, dass zunehmend auch besser situierte Schüler mit ihren Sorgen und Ängsten allein gelassen werden. Mittlerweile ist die aus innerer Not entstandene „Gleichaltrigenorientierung“ von den Bindungsforschern als ein immer weiter um sich greifendes Phänomen erkannt worden, das die jungen Menschen daran hindert, wirklich erwachsen zu werden.

Das letztgenannte Beispiel deutet auf den gemeinsamen Nenner der aufgezählten Problemlagen hin: viele Kinder und Jugendliche haben Entwicklungsblockaden mit daraus resultierenden Lernblockaden – und nicht umgekehrt! Wer also wirklich will, dass möglichst alle Schüler die ihnen zur Verfügung stehenden Lernpotentiale ausschöpfen, der muss auch bereit sein, ihnen Zeit und Gelegenheit zur Nachreife zu verschaffen.

Deshalb beobachte ich mit Sorge, dass die verstärkt ins Spiel gekommene Frühpädagogik dabei ist, schon wieder den falschen Weg einzuschlagen. Nicht, dass ich frühkindliches Lernen grundsätzlich für falsch halte, aber es kommt doch sehr darauf an, wie dabei vorgegangen wird. Wolfgang Bergmann hat hierzu u.a. festgestellt, dass die kindliche Aufmerksamkeit auf ein von Erwachsenen vorgegebenes (und insgeheim kontrolliertes) Ziel gelenkt wird, wenn an die Stelle der kindlichen Neugier ein Lernziel gesetzt wird. Seelische und intellektuelle Defizite werden auf diese Weise nicht aufgehoben, sondern eher verstärkt oder sogar erzeugt.

Wie gut es sich auswirkt, wenn kopfbezogene Lerninhalte die kindlichen Bedürfnisse nicht zurückdrängen (oder gar ignorieren), hat sich am Beispiel des rheinland-pfälzischen Modellversuches einer „Lern- und Spielschule“ (nach dem Konzept von Hannes Petillon) bereits erwiesen. Einhergehend mit einem deutlich geringeren Aggressionspotential konnte bei den ‚Spielkindern‘ eine Verbesserung in mehreren Bereichen festgestellt werden: Leistung, Kreativität und Persönlichkeitsentwicklung (einschließlich hoher Werte im ‚sozialen Lernen‘).

Mit den (den Lernprozessen vorangestellten) Heilungsprozessen (natürlich handelt es sich bei den meisten Heilungsprozessen auch um Lernprozesse) wird bei einer Konzentration auf (Vor)Schulen so ganz nebenbei der Zersplitterung der Förderangebote (siehe Kapitel 3.1) in zweifacher Hinsicht Einhalt geboten:

1. Die Notwendigkeit nachträglicher Förderangebote nimmt ab.
2. Die wichtigsten (d.h. grundlegenden) Förderbemühungen liegen wieder in einer Hand.

Bei einem ausschließlich leistungsbezogenen Förderverständnis fällt nicht nur die Schaffung bzw. Verbesserung von Lern- und Leistungsvoraussetzungen unter den Tisch, sondern auch das Verständnis für die (wenn auch unterschiedlich hohe) Förderbedürftigkeit aller Schüler. Schließlich schaffen es selbst die stabilsten Kinder nicht von ganz allein, sich die Welt Stück für Stück zu erobern und die Mithilfe der Eltern kann nicht länger automatisch vorausgesetzt werden.

Auch in diesem Zusammenhang scheint mir eine kurze Betrachtung der z. Zt. bevorzugten Begriffe ganz aufschlussreich zu sein. Als geradezu verstörend empfinde ich die jüngst erfolgte Umbenennung der Sonderschulen in Förderschulen. Das klingt beinahe so, als ob man sich das Fördern in „Regelschulen“ (auch so ein Wort!) weitgehend schenken könnte. (Im Übrigen hatte ich schon immer Probleme mit dem Begriff „3gliedriges Schulsystem“: 1. Glied Hauptschule, 2. Glied Realschule, 3. Glied Gymnasium und dann – irgendwo im Niemandsland – die Sonder- und Berufsschulen.)

Die in den Kapiteln 3.1 und 3.2 geschilderten Erfahrungen weisen darauf hin, dass es auch hinsichtlich der Lehrer einen ganz gewaltigen Verbesserungsbedarf gibt. Besonders überraschend ist die gar nicht so seltene – und manchmal bis zu den Ursachen reichende – Übereinstimmung der bei Lehrern und Schülern anzutreffenden Problemlagen.

Vor allem die ‚normalen‘ Lehrer teilen mit den Schülern die Erfahrung, unter einem stark demotivierend wirkenden Zeit- und Leistungsdruck zu stehen. (In der Öffentlichkeit hat sich dieser Zusammenhang vor allem durch die G8-Einführung erschlossen.) Dem entsprechend wird Schule oft von beiden Seiten als Zwangsveranstaltung empfunden, der man – wenn man nur könnte – am liebsten entfliehen würde.

Betrachtet man die Schulzeit als eine Art Ausbildungszeit für die Schüler, ergibt sich eine weitere Parallele zwischen dem Schüler- und Lehrerdasein: beide Gruppen sind auf die späteren beruflichen Herausforderungen nur schlecht vorbereitet und in beiden Fällen liegt das Hauptübel in einem Mangel an praktischen Erfahrungen.

Für die Mehrzahl der Lehrer gilt zudem, dass sie aus dem Dunstkreis der Schule nie wirklich herausgekommen sind, sondern – mit Ausnahme des Studiums – lediglich auf der anderen Seite des Lehrerpultes Platz genommen haben. Eine Kenntnis der wahren Probleme vieler Schüler lässt sich so ganz sicher nicht erwerben. (Im Laufe der Berufsjahre gewinnen die Lehrer natürlich immer tiefere Einblicke, aber bis dahin kann schon mancher Schüler aus schierem Unkenntnis völlig falsch behandelt worden sein.)

Seit einiger Zeit gibt es sogar ein vergleichbares Hierarchie-Gefälle, da die Schulleiter/innen inzwischen zu direkten Vorgesetzten der Lehrer geworden sind. Während Schulleiter/innen früher ‚Gleiche unter Gleichen‘ waren, verfügen sie jetzt über ein sanktionsbewehrtes Machtinstrument (mögliche Gehaltskürzungen), mit dessen Hilfe das jeweilige Kollegium in Abhängigkeit gehalten werden kann. Zwar werden sich kluge Schulleiter/innen davor hüten, die ihnen neu verliehene Macht in diesem Sinne einzusetzen, aber allein schon deren Vorhandensein sorgt für Unruhe.

Den Schulleitungen ist allerdings nicht nur eine größere Macht-, sondern auch eine größere Aufgabenfülle zugewiesen worden, so dass sie managergleich (was auch so gewollt ist) komplett mit der Verwaltung ihrer Schulen ausgelastet sind. Dieses Modell gilt als hoch effizient, hat aber auch eine immer größere Entfremdung zwischen Schulleitung und Kollegium zur Folge.

Schon jetzt geht die Angst um, dass zukünftig nur noch die ‚Speichellecker‘ über einen guten Draht zu den Schulleitungen verfügen werden. Andererseits wird von

den Schulleitungen sowieso keine wirklich hilfreiche Unterstützung mehr erwartet, da deren (faktisch erzwungener) Rückzug aus dem Unterrichtsgeschehen sie zu ähnlich realitätsfernen Wesen wie z.B. die Vertreter von Schulämtern werden lässt.

Ein ebenfalls heikles Thema ist die Teamarbeit, die mittlerweile als verordnet gelten kann. Dabei ist es absolut unmöglich, die mit dieser Arbeitsform nicht vertrauten Lehrer zu ihrem Glück zu zwingen. Außerdem fehlen schlicht und einfach die hierfür erforderlichen Partner.

In einem Land, das ‚Doppelsteckungen‘ nur in Ausnahmefällen für Klassen vorsieht, fallen in der alltäglichen Praxis immer noch viele Förder- und Integrationsstunden allein deshalb aus, weil die als Einzelkämpfer agierenden (Klassen-)Lehrer in allen möglichen Klassenstufen vertreten werden müssen. Eine auf gesicherten Grundlagen basierende Teamarbeit sieht anders aus.

Erschwerend kommt hinzu, dass die bislang zur Verfügung gestellten Aushilfskräfte (technisches Personal, Ein-Euro-Jobber, Zivildienstleistende etc.) nicht immer sehr produktiv sind und manches Mal sogar mehr Probleme verursachen als lösen. Eine in diesem Zusammenhang nicht zu unterschätzende Rolle spielen die oft ganz andersartigen (und zumeist niedrigeren) Ausbildungsabschlüsse. Im Übrigen wird das Abrutschen des Ausbildungsniveaus nicht nur im Hinblick auf die Schüler mit Sorge betrachtet, sondern teilweise auch als persönliche Kränkung empfunden.

Dabei leiden die Lehrer ohnehin unter der geringen Wertschätzung, die ihnen in der Öffentlichkeit und leider auch von Politikern (Schröder u. a.) entgegengebracht wird. Das schlechte Ansehen in der Öffentlichkeit hängt sicherlich stark mit der Unwissenheit über den Arbeitsumfang und die alltäglichen Dauerbelastungen zusammen. Hinzu kommt, dass der Beruf des Lehrers Merkmale aufweist, die einer anspruchsvollen Tätigkeit kaum entsprechen. Einschließlich ihrer ureigensten Aufgaben wird den Lehrern so ziemlich alles vorgeschrieben, weshalb der größte Teil ihrer Arbeit einen rein vollziehenden Charakter hat.

Dieser große Mangel an bedeutsamen (Mit-)Gestaltungsmöglichkeiten wird auch durch die mit schicken Etikettierungen versehenen neueren Ansätze („Selbstständige Schule“, „Eigenverantwortliche Schule“) nicht wirklich beseitigt. Dahinter verbergen sich entweder (ungleich besser versorgte) Modellversuche oder Schulen, denen kaum mehr als eine etwas größere finanzielle Freiheit gewährt worden ist.

Auch die (in mancher Hinsicht ausgesprochen schädliche!) Kompetenzerweiterung für die Schulleiter/innen können nicht als bedeutender Zuwachs an Eigenverantwortung bezeichnet werden, solange das Gros der Lehrer weiterhin in einem überwiegend demokratiefreien Umfeld arbeitet, das eines erwachsenen Menschen unwürdig ist. Dazu passt das mehrheitliche Verharren in einer stets gleichen gesellschaftlichen Position. Andere Demütigungen (wie z.B. der kaltschnäuzige Umgang mit hilfsbedürftigen und/oder kranken Lehrern) kommen noch hinzu.

Angesichts dieses Befundes kann man kaum glauben, dass ausgerechnet von den Angehörigen eines demokratie-, aufstiegs- und anerkennungsentwöhnten Berufsstandes die adäquate Vorbereitung junger Menschen auf zukünftige

Herausforderungen erwartet wird. Nicht, dass ich Lehrer für unfähig hielte, aber sehen so die besten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit aus?!

Mir ist bewusst, dass das Fehlen der ‚Zufriedenheitsmerkmale‘ typisch für die Mehrzahl aller Arbeitsplätze ist. Aber das ist doch kein Grund, es bei den mit besonderer Verantwortung ausgestatteten Erziehern und Lehrern ganz genauso zu halten! In einigen anderen Berufen ist man in dieser Beziehung auch schon weiter und zwar nicht zuletzt deshalb, weil man erkannt hat, dass zufriedene Mitarbeiter unter dem Strich weniger Kosten (höhere Effektivität bei einem gleichzeitigen Rückgang der Erkrankungen) verursachen. (Demgegenüber sind die für Schulleitungen verstärkt angebotenen Seminare für Führungskräfte reine Geldverschwendung, solange sich an den Arbeitsbedingungen des ‚Fußvolkes‘ nichts ändert.)

Obwohl schnell gestrickte ‚Remotivierungsmaßnahmen‘ nicht ausreichen, wäre schon viel gewonnen, wenn sich Behörden und Politikvertreter endlich um eine höhere Wertschätzung und um die Schaffung besserer Rahmenbedingungen bemühen würden. Eine tragfähige Begeisterung der Lehrer kann sich allerdings erst dann einstellen, wenn eine **komplette** Aufwertung (bei gleichzeitiger Rücknahme aller kontraproduktiven und/oder unnötig belastenden Neueinführungen) erfolgt ist. Neben den bereits genannten Faktoren sind auch noch ganz andere zu einer kompletten Aufwertung gehörenden Elemente denkbar. Als Beispiel nenne ich die für Lehrer neu zu schaffende Möglichkeit, an längerfristigen Planungsgesprächen ‚auf höherer Ebene‘ teilnehmen zu können.

Während das für (benachteiligte) Schüler herausgegebene Motto lautete: ‚Erst heilen – dann fördern!‘ sollte für Lehrer gelten: ‚Mehr Achtung – mehr Einfluss!‘ Dadurch könnte endlich der Teufelskreis ‚Kränkungen – Motivationsverlust - Krankheiten‘ durchbrochen werden. Um die erhofften bzw. erwarteten Wirkungen auf den Punkt zu bringen:

1. Zufriedene Lehrer sind in der Lage, sowohl ihre eigenen Ressourcen als auch die der Schüler optimal auszuschöpfen.
2. Erfolgreiche Schüler haben es nicht länger nötig, sich selbst und ihre Perspektiven zu zerstören.

Zum Abschluss ein paar Worte zur verfeimten ‚Kuschelpädagogik‘. Kurz ausgedrückt: Kuschelpädagogik tut not! Wie sonst sollen emotional vernachlässigte Kinder die zur Herausbildung eines ausreichenden Selbstbewusstseins erforderlichen Gefühle wie Liebe, Vertrauen und Geborgenheit kennenlernen? Ein gewollter Verzicht auf Kuschelpädagogik ist fahrlässig, zynisch, herzlos und – vor dem Hintergrund der gesamtgesellschaftlichen Kosten und anderer Folgen – auch verantwortungslos.

Wegen des weichenstellenden Charakters ist besonders die Schulpolitik immer gleichzeitig auch Gesellschaftspolitik. Eine gute Abstimmung mit anderen Politikbereichen (Familien-, Sozial-, Arbeits- und Gesundheitspolitik) sowie eine möglichst weitgehende Überwindung der föderalen Sonderwege würde die diesbezüglichen Erfolgchancen beträchtlich erhöhen. Der speziellen schulpolitischen Verantwortung wird man am ehesten gerecht, wenn Schüler wieder verstärkt als das wahrgenommen werden, was sie in allererster Linie sind: als **Kinder!**

4.2 Konsequenzen

Es kann nicht Aufgabe dieser Denkschrift sein, ein detailliertes Reformkonzept vorzulegen, das von der theoretischen Entwicklung eines neuen Selbstverständnisses bis hin zur Skizzierung aller praktisch erforderlichen Schritte reichen müsste. Einige konkrete Anregungen sind allerdings dennoch möglich, sollen aber erst an späterer Stelle erwähnt werden.

In einem ganz zentralen Punkt stimme ich mit Bernhard Bueb überein: Schulreformen müssen von den Lehrern und nicht von den Strukturen ausgehen. Dem füge ich hinzu: Wir müssen lernen, die Schüler mit anderen Augen zu sehen. Unter diesen beiden Gesichtspunkten, die ich als handlungsleitende Maximen verstehe, sollten alle vorhandenen und geplanten Maßnahmen einer ‚Zielverträglichkeitsprüfung‘ (optimale Ressourcenausschöpfung) unterzogen werden.

Soviel steht allerdings jetzt schon fest: auch (oder vielleicht besser gerade) bei einem neuartigen Verständnis der (vor)schulischen Ziele und Aufgaben brauchen Erzieher und Lehrer massive Unterstützung, die mit dem Elternhaus beginnen sollte. Das zunächst zu lösende Problem besteht in der oft mangelhaft vorhandenen Erziehungskompetenz. Ein schon als erfolgreich erkennbarer Weg ist in den USA mit dem „Hausbesuch-Projekt“ eingeschlagen worden. (Die diesbezügliche Begleitforschung hat ziemlich genau nachweisen können, dass jeder für die Elternkurse ausgegebene Dollar 4 Dollar an Folgekosten spart.)

Hierzulande gibt es erste Ansätze in Form vorgeburtlicher Kursprogramme (unter Einbeziehung von Hebammen) oder die Verpflichtung zum Besuch von Elternseminaren als Bedingung für die Aufnahme eines Schülers. Bei allem Respekt für das dahinter stehende Engagement: faktisch haben wir es schon wieder mit einem tröpfchenweisen Vorgehen zu tun, das uns allenfalls punktuell voranbringt und leider nur allzu gut zur bisherigen ‚Aldi-Bildungspolitik‘ (zeitliche und örtliche Begrenzungen, Einsatz billiger und/oder ehrenamtlicher Kräfte) passt.

Stattdessen müssen wir uns endlich ernsthaft fragen, was uns unsere Kinder eigentlich wert sind. Dabei denke ich jetzt nicht so sehr an das Kindergeld und vergleichbare Leistungen, sondern z. B. an die Entlohnung des pädagogischen Personals. Besonders die im Bereich der Früherziehung und –pädagogik gezahlten Gehälter (ca. 1000 € netto nach 5jähriger Ausbildung) wirken eher abschreckend als motivierend und sind von den in anderen Ländern gezahlten Gehältern (vgl. Japan mit seiner Angleichung an die Professorengehälter) himmelweit entfernt.

Aber nicht nur bezüglich des Gehalts muss der (vor)schulische Bereich zu einem für intelligente und gut ausgebildete Menschen attraktiven Ort werden. Was z. B. auch noch fehlt, ist die Erschließung ganz neuer Tätigkeitsfelder, die mit einem hohen Maß an Verantwortung verbunden sind. (Zur Vorbeugung von Missverständnissen: Intelligente und gut ausgebildete Menschen haben schon immer im pädagogisch-sozialen Bereich gearbeitet, aber gerade sie sind es auch, die am ehesten zerbrechen und erkranken. Somit wird auch an dieser Stelle wieder einmal deutlich, welche Ressourcenverschwendung wir uns gegenwärtig leisten.)

Konkret könnte ich mir die Ansiedlung dokumentarischer oder forschender Aufgaben (einschließlich der Vorbereitung und Durchführung seminarähnlicher

Veranstaltungen) in den Schulen vorstellen. Damit müssten schon bestehende Einrichtungen wie z. B. das LISUM (Landesinstitut für Schule und Medien in Berlin-Brandenburg) ja nicht gleich ganz geschlossen werden. Eine Teilabtretung der Aufgaben hätte den großen Vorteil, dass Lehrer nicht Jahr für Jahr dieselben Tätigkeiten ausüben müssten, sondern echte Wahlmöglichkeiten zur Verfügung hätten. (Zur Erinnerung: Genau die damit verbundenen Rotationsmöglichkeiten sorgen auch in der Privatwirtschaft für mehr Zufriedenheit.)

Ergänzend könnte ich mir eine Einbeziehung der Schüler vorstellen. Unterschiedlich anspruchsvolle Aufgaben werden immer anfallen, so dass die jeweils ausgewählten Schüler nicht über- oder unterfordert werden müssten. (Beispiel: Zu einer Seminarvorbereitung kann das Drucken und Verschicken von Einladungskarten genauso gehören wie das Verfassen kleinerer oder größerer Ausarbeitungen zum anstehenden Thema.)

Auch eine Verzahnung mit schon bestehenden Schülerfirmen könnte machbar sein. Ähnliches gilt für die systematische Ausweitung außerschulischer Kontakte, die nun nicht mehr krampfhaft (z. B. mit Blick auf eine bevorstehende Evaluation) hergestellt werden müssten. Ganz allgemein geht es um eine durchgängige Verbindung von Theorie und Praxis, wodurch sich der uralte Spruch „Nicht für die Schule lernen wir, sondern für das Leben!“ endlich bewahrheiten ließe.

Wie zufriedenstellend eine Kombination von Lerninhalten mit praktischen Tätigkeiten sein kann, zeigt sich regelmäßig nach der Durchführung von Projektwochen. Damit will ich allerdings nicht sagen, dass der zukünftige Unterricht eine endlose Abfolge von Projektwochen sein sollte. Schließlich wird alles, was man in zu hohen Maßen verabreicht bekommt, auch schnell langweilig. (Aus eben diesem Grund wird die derzeit bei vielen Schülern ohnehin bestehende Lernunlust noch verstärkt.)

Statt dessen stelle ich mir eine zwar permanente, aber nicht von allen Beteiligten gleichzeitig zu nutzende ‚Projektabteilung‘ (mit temporären ‚Abteilungsleitern‘) vor. (Bei einer andersartigen Konstruktion wäre die Anwendung des Rotationsprinzips auch gar nicht möglich.) Anlässlich der Realisierung der ‚Projektabteilung‘ hätten die Lehrer (und vielleicht auch interessierte Schüler) die erste große Möglichkeit, sich gestaltend zu beteiligen und zwar nicht nur hinsichtlich der Ausgestaltung vor Ort, sondern auch hinsichtlich der zunächst erforderlichen konzeptionellen Entwürfe. (Viele Anregungen lassen sich aus teilweise schon vorhandenen Erfahrungen wie z.B. die der Leipziger Nachbarschaftsschule ableiten.)

Obwohl ich mir sicher bin, dass sich durch die hautnah zu erlebende Verzahnung von Theorie und Praxis (schwere körperliche Arbeiten sind oft besonders angebracht) viele der gegenwärtigen Probleme (nicht zuletzt bezüglich der benachteiligten Schüler/innen) beheben oder doch abmildern lassen, kann die für Schüler und Lehrer gedachte Durchführung des Rotationsprinzips kein Allheilmittel sein. So muss beispielsweise auch darüber nachgedacht werden, wie sinnvoll das derzeit übliche Unterrichts- und Förderangebot noch ist. (Damit meine ich nicht die themenspezifischen Unterrichts- und Förderinhalte, die sowieso einer gesonderten Überprüfung bedürfen.)

Schon seit langem wird darauf hingewiesen, dass die meisten der in diesem Land erteilten Fächer zu kopflastig und somit Ausdruck eines unausgewogenen

Verhältnisses von Theorie und Praxis sind. Nun kann nicht jedes Fach auf Biegen und Brechen mit hohen Aktivitätsanteilen versehen werden. Deshalb ist zu überlegen, ob der Anteil der überwiegend praxisbezogenen Fächer nicht generell erhöht werden sollte.

Auf jeden Fall war es grundfalsch, die wenigen noch vorhandenen ‚Praxisfächer‘ (Musik, Sport, Kunst) fast verschwinden zu lassen. Dabei eignen sich gerade diese Fächer ganz hervorragend für die Anbahnung und Durchführung der vielfach erforderlichen Heilungsprozesse. (Das Fach Sport verfügt zudem über ein hohes gesundheitsprophylaktisches Potential.) Eine zeitliche (Wieder-)Aufstockung dieser Fächer sollte sich demnach von selbst verstehen. (Um es noch einmal zu sagen: selbst in einer ‚Turbo-Ära‘ ist eine solche Aufstockung keine Zeitverschwendung, da ausgleichendere Schüler schneller und besser lernen.)

Meines Erachtens müsste man sogar noch ein Stück weitergehen und über die Wiedereinführung längst abgeschaffter Fächer nachdenken. Vor allem das Fach ‚Handarbeiten‘ sollte zu neuem Leben erweckt werden, da mit diesem Fach gleich mehrere Vorteile verbunden sind:

1. Umfassendes (d.h. über die Schneide-, Falt- und Klebeübungen der Bastelstunden hinausgehendes) Training der manuellen Geschicklichkeit
2. Kennenlernen kostengünstiger Selbsthilfemöglichkeiten (z.B. Anfertigen von Dekorationsartikeln, Accessoires und Kleidungsstücken aus Stoff- und Wollresten)
3. Ausweitung der Möglichkeiten des ‚Begreifens‘

Auch Fächer wie Werken und (in gewisser Weise) Arbeitslehre sollten zu neuen Ehren kommen, wobei sich gerade diese Fächer gut in die ‚Projektteilungen‘ integrieren ließen. Ein solches Vorgehen erleichtert bestimmt auch den für benachteiligte Schüler/innen fast ausnahmslos anstehenden Wechsel zur Berufsschule. (Auf die derzeit – als Folge des mangelnden wirtschaftlichen Engagements – laufende Aushöhlung des dualen Ausbildungssystems kann an dieser Stelle nur mit der Feststellung eingegangen werden, dass bereits etliche Berufsschulen ‚aushilfsweise‘ dazu übergegangen sind, komplette Ausbildungslehrgänge anzubieten.)

Selbst die Einführung ganz neuer Fächer ist teilweise erforderlich. Als besonders dringliches Beispiel nenne ich die fachliche Verankerung des Umweltschutzes. Angesichts der riesigen Probleme, vor denen die heutigen Kinder und Jugendlichen schon bald stehen werden, reicht es nicht länger aus, einzelne Aspekte des Umweltschutzes (z.B. Wasserspartipps) herauszugreifen und dann auch noch relativ willkürlich auf mehrere Fächer zu verteilen. (Mit dieser Bemerkung will ich den grundsätzlichen Wert fächerübergreifender Projekte ganz bestimmt nicht in Frage stellen!)

Das übergeordnete Ziel aller Bildungsbemühungen ließe sich auch als ‚Lebenstüchtigkeit‘ bezeichnen, d.h. als Fähigkeit, das ‚nachsulische‘ Leben so gut und selbstständig wie möglich im Rahmen der (optimal geförderten) Ressourcen meistern zu können. Dazu bedarf es zunächst der Erlangung einer ‚Berufsfähigkeit‘, aber auch einer Beherrschung sozial verträglicher Umgangsformen. Um in diesem Zusammenhang nur einige Beispiele zu nennen:

- Tischmanieren
- Distanz und Rücksicht
- korrekte Anrede/Vermeiden von Fäkalsprache
- Körperpflege
- Verhalten am Telefon
- Zuverlässigkeit (z.B. rechtzeitige Terminabsagen oder Benachrichtigungen im Krankheitsfall)
- Kenntnis der Bedeutung von Unterschriften und Dokumenten
- Umgang mit Geld/Vermeiden von Schuldenfallen
- Pflege von Freundschaften
- Umgang mit dem jeweils anderen Geschlecht
- Erziehungstipps (für den späteren eigenen Nachwuchs)

Von (zunächst) untergeordneter Bedeutung ist die unterrichtliche Verortung dieser speziellen Lerninhalte (neues Fach, fächerübergreifendes Anliegen, Projekte o. ä.). Entscheidend ist die Erkenntnis, dass selbst der anfänglich besser gestellte Schüler im Leben wahrscheinlich nicht besonders weit kommt, wenn er über kein diesbezügliches Grundwissen verfügt. Gerade in der heutigen Zeit ist dieses Wissen genauso bedeutsam wie die Beherrschung der Kulturtechniken.

Die rechtzeitige Vermittlung einer ‚Gesellschaftsfähigkeit‘ spielt in der bildungspolitischen Diskussion bislang keine Rolle. Genauso wenig hat sich der Nachsorgegedanke etablieren können. Die Rede ist jetzt nicht von den unzähligen (und teilweise sinnlosen) nachschulischen Fördermaßnahmen, deren bestes Ergebnis in der Mehrzahl der Fälle darin besteht, die Jugendlichen noch für ein oder zwei Jahre von der Straße geholt zu haben.

Stattdessen meine ich eine ‚richtige‘ (d.h. individuelle) Nachsorge, die z.B. so ablaufen könnte, dass sich Schüler/in X in festgelegten Abständen bei der zuletzt besuchten Schule meldet und dort hinsichtlich zwischenzeitlich aufgetauchter Probleme beraten oder zu einem allgemein motivierenden Gespräch empfangen wird. (Auch in diesem Bereich ließen sich ganz neue – bis zur aufsuchenden Soforthilfe reichende - Einsatzmöglichkeiten für Lehrer erschließen!)

Unter den genannten Voraussetzungen könnten viel mehr Jugendliche als bisher dem 1. Arbeitsmarkt zugeführt werden. (Die derzeit niedrige Vermittlungsquote hängt allerdings nicht nur mit der noch viel zu seltenen individuellen Nachsorge zusammen. Unter den für benachteiligte Jugendliche zuständigen Ämtern, Behörden und Werkstätten tobt ein regelrechter Kampf um die Erhaltung der jeweils eigenen finanziellen Ressourcen. Dabei kommt es gar nicht so selten vor, dass z.B. lernbehinderte Jugendliche auf der Grundlage uralter Testergebnisse in Werkstätten untergebracht werden und dort auch verbleiben, weil eine turnusmäßige Überprüfung der Berechtigung nicht durchgeführt wird.)

Über die ‚falsche‘ Ausbildung der Lehrer ist schon so viel gesagt worden, dass ich es an dieser Stelle bei zwei zusätzlichen Hinweisen belassen kann:

1. Auch die im nichtsonderpädagogischen Bereich tätigen Lehrer (einschließlich der Gymnasiallehrer) sollten mit erprobten Zugangsmöglichkeiten zu den Schülern (z.B. „Szenisches Verstehen und fördernder Dialog“) vertraut gemacht werden.

2. Die Praxisanteile des Studiums sollten nicht nur in Schulen absolviert werden.

Für die schon im Dienst stehenden Lehrer sind bislang kaum mehr als punktuelle Weiterbildungsangebote vorgesehen. Dabei könnten echte Zusatzausbildungen (wie die derzeit laufende Mediatoren-Ausbildung) den Lehrern ganz besonders interessante Perspektiven eröffnen. Um nur einige Spezialisierungsbeispiele zu nennen: schulische (für Schüler und Lehrer zuständige und mit entsprechenden Vollmachten ausgestattete) Gesundheitsbeauftragte, Teamsupervisoren oder Mediengutachter (nicht Medienverwalter!). Bei einem Einsatz der Spezialisten an mehreren Schulen ergäbe sich der ebenfalls wünschenswerte Effekt eines vertieften Kennenlernens anderer Schulen, ohne die eigene Schule gleich ganz verlassen zu müssen.

Ältere Kollegen sollten (wie in der früheren DDR) spätestens mit 60 in Pension gehen können. Für die davor liegenden Jahre ist zu überlegen, ob sie nicht wenigstens teilweise diejenigen Aufgaben zugeteilt bekommen, die derzeit (wenn überhaupt) überwiegend von ‚Ehrenamtlichen‘ wahrgenommen werden. Dabei denke ich z.B. an Vorlesestunden, Hausaufgabenbetreuung oder Hilfen bei der Freizeitgestaltung. (Zur Klarstellung: Grundsätzlich begrüße ich den Einsatz von ehrenamtlich tätigen Menschen, aber sie sollten nicht für Tätigkeiten herangezogen werden, die auch mit schuleigenen Kräften durchführbar sind. Im Übrigen blieben selbst unter den genannten Einschränkungen noch immer genug andere Einsatzmöglichkeiten übrig: als Zeitzeugen, als individuelle Betreuer stark unterstützungsbedürftiger Jugendlicher oder sogar als Besitzer von Therapiehunden.)

Ein schon seit langem nicht mehr diskutiertes Thema ist die Wiedereinführung einer dezentralen Schulversorgung, um dadurch der aggressionsauslösenden Anonymität besser begegnen zu können. Relativ leicht praktizierbar ist eine Aufteilung größerer Schulen in selbstständige Untereinheiten mit eigenen Eingängen, eigenen Schulleitungen (Vermehrung der Aufstiegschancen!), eigenen Freizeitbereichen, eigenen Kantinen und evtl. sogar mit eigenen inhaltlichen Schwerpunkten. (Der Dezentralisierungsvorschlag widerspricht nicht den vorherigen Anregungen, da sich ‚Projektteilungen‘ auch in kleineren Schulen unterbringen lassen. Schwieriger würde es erst, wenn auch Sonderräume wie Seminar- oder Ruheräume hinzukommen müssten, aber gerade diese Räume könnten gut zu einem wieder verbindenden ‚Herz‘ der Schule zusammengefasst werden.)

Den bundesweit vermutlich am einfachsten umzusetzenden Vorschlag habe ich mir für den Schluss aufgehoben: in Anlehnung an die (hinsichtlich der pubertierenden Jugendlichen besonders bedeutsamen) Erkenntnisse der Schlafforscher sollte der Schulbeginn um mindestens 1 Stunde verschoben werden. Die daraus resultierenden Vorteile liegen auf der Hand: benachteiligte Kinder und Jugendliche könnten nachmittags noch länger in der Schule bleiben und insgesamt hätten wir es endlich mit ‚aufgeweckteren‘ Schülern zu tun.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass eine Erfolg versprechende Schulreform gar nicht so kompliziert und teuer sein muss. Veränderungen sollten bei den Lehrern ansetzen, indem man ihnen zu mehr Achtung und Einfluss verhilft. Auch die Schüler müssten anders wahrgenommen werden, da sie in einer immer größer werdenden Anzahl zunächst einer emotionalen Förderung bedürfen.

5. Zusammenfassungen

5.1 Thesenpapier

1. Schüler und Lehrer verstehen heißt, die Fehler des derzeitigen Schulsystems zu erkennen. Schülern und Lehrern helfen heißt, diese Fehler zu beseitigen.
2. Das deutsche Schulsystem geht in seiner jetzigen Form viel zu wenig auf die Entwicklungsbedürfnisse von Kindern und Jugendlichen ein. Davon betroffen sind sowohl die ‚normalen‘ Bedürfnisse (z.B. ungegängelt spielerisches Entdecken) als auch die aus Entwicklungsblockaden resultierenden Zusatzbedürfnisse.
3. Die Verbindung von Kopflastigkeit und Selektion erzeugt einen immer höheren Anteil an Schul- und Lebensversagern.
4. Z. Zt. leisten wir uns eine ‚Aldi-Bildungspolitik‘, die aber keine Kosten einspart, sondern zu einer Verschleuderung der bei Schülern und Lehrern vorhandenen Ressourcen führt.
5. Die seit einiger Zeit mehr oder weniger gewaltsam durchgedrückten Neuerungen zeigen eine eher kontraproduktive Wirkung, da sie mehrheitlich abgelehnt werden, überwiegend technokratisch ausgerichtet sind und Spaltungstendenzen fördern.
6. In den Schulen herrscht das Gefühl vor, dass den zuständigen Behörden das Wohlergehen von Schülern und Lehrern nicht am Herzen liegt. Mit zunehmendem Alter müssen viele Lehrer ihren Dienstherrn sogar Geld schenken (reduzierte Pensionsansprüche als Folge von Teilzeitarbeit und Beurlaubungsjahren), um noch einigermaßen über die Runden zu kommen.
7. Dem Arbeitsort Schule fehlen die wichtigsten Zufriedenheits- bzw. Attraktivitätsmerkmale.
8. Mit ihrem Gerechtigkeitsdefizit (‚Bestrafen‘ engagierter und ‚Belohnen‘ fauler Lehrer) trägt die Schulverwaltung erheblich zum Werteverfall bei.
9. Wer (benachteiligte) Schüler aus der Gosse holen will, muss bereit sein, ihnen dauerhafte Lebensperspektiven zu eröffnen.
10. Die in der Schule unbehandelten (Erziehungs-)Defizite verursachen hohe Folgekosten. Wegen ihrer weichenstellenden Wirkung ist Schulpolitik in besonderem Maße für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung verantwortlich.
11. Verantwortungsbewusste Familienpolitik bedeutet, dass die Gewährung finanzieller Leistungen nicht zu einer Verschlechterung der Situation von ohnehin benachteiligten Kindern führen darf.
12. Wenn Arbeitnehmer der Arbeit nachfolgen müssen, stehen sie über längere Zeiträume ihren Kindern nicht als Vorbild zur Verfügung.

5.2 Vorschläge

1. Oberste Reformprinzipien sollten sein:
 - a. Schulreformen müssen bei den Lehrern ansetzen (Handlungsleitende Maxime: mehr Achtung – mehr Einfluss).
 - b. Hinsichtlich des Förderbedarfs müssen wir die Schüler mit ganz anderen Augen sehen (Handlungsleitende Maxime: erst heilen – dann fördern).

2. Lehrerbezogene Vorschläge:
 - a. Rechtzeitige Einbeziehung in die auf ‚höherer Ebene‘ stattfindenden Planungsgespräche
 - b. Erschließung neuer Tätigkeitsfelder innerhalb und außerhalb der Schule (Stichworte: Projektteilungen, Spezialisierungen über Zusatzausbildungen, Nachsorge)
 - c. Anwendung des Rotationsprinzips (auch für Schüler!)
 - d. Beschränkung des ‚normalen‘ Unterrichtseinsatzes auf wenige Fächer
 - e. Rücknahme aller kontraproduktiven und/oder unnötig belastenden Neuerungen
 - f. Zukünftiger Verzicht auf ‚überfallartige‘ Bildungsaktionen
 - g. Schaffung der für Teamarbeit erforderlichen Voraussetzungen (zuerst: Einstellung von mehr Lehrern)
 - h. Durchführung realitätsnaher Ausbildungen
 - i. Für ältere Kollegen: Absenkung des Pensionsalters auf 60, Zuweisung anderer Aufgaben und Wiedereinführung bisheriger Erleichterungen

3. Schülerbezogene Vorschläge:
 - a. Überprüfung aller zukünftigen Unterrichts- und Förderinhalte auf ‚Zielverträglichkeit‘ (Eignung für die Herausbildung einer ‚Lebenstüchtigkeit‘) unter besonderer Beachtung der Spielbedürfnisse
 - b. Ggf. muss Lebenstüchtigkeit in drei Stufen angebahnt werden: Förderfähigkeit – Gesellschaftsfähigkeit – Berufsfähigkeit
 - c. Erhöhung des (mit der Zeit wechselnden) Anteils praxisorientierter Fächer durch
 - Aufwertung noch bestehender ‚Praxisfächer‘ (Musik, Sport, Kunst)
 - Wiedereinführung (fast) ganz abgeschaffter Fächer (Handarbeiten, Werken)
 - Einführung neuer Fächer (Umweltschutz, ‚Verhaltenslehre‘)
 - d. Re-Dezentralisierung der Schullandschaft (u.a. durch Aufspaltung großer Schulen in selbstständige Untereinheiten)
 - e. Verschiebung des Unterrichtsbeginns um 1 Stunde
 - f. Langfristig: Überwindung der Schul- und Lebensschranken